

Arbeiter-Zeitung

Freitag, 9. Mai 1930
12. Jahrgang, Nummer 106

Abdruck ist mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, Bezugspreis: wöchentlich 0,60 M., monatlich 2,00 M., Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,60 M., unter Einband 3,00 M. Kausionspreis: Die gebundene Wochenschrift oder deren Raum 12 Pf., Vereins- und Versammlungsbelegungen 8 Pf., Neillantspreis: Die dreispaltige Mittelzeile oder deren Raum im Text 70 Pf. — Schluss der Inseraten-Nachnahme u. der Haupt-Exposition 8 Uhr; in den Filial-Expositionen am Tage vorher bis frühestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Kreuzstr. 80, Tel. 240 98.
Postfach: Breslau 544, Postkammer: Breslau, Kreuzstr. 80, Tel. 239 02. Erscheinungsort: Breslau, Kreuzstr. 80, Montag bis Freitag 17-18 Uhr, Samstag 10-12 Uhr, Sonntag 10-12 Uhr. Filialredaktionen: Glatz, Poststr. 28, Tel. 4085; Oppeln, Wallstr. 11, Tel. 1304; Opatowitz, Tel. 2384. Geschäftsstelle: 2-19 Uhr. Verlagsort: Hauptverlagsort Breslau, Erscheinungsort Breslau. — Verlag: Schell, Verlags-Gesellschaft, m. b. H., Breslau. — Druck: „Neubau“, Fil. Breslau, Kreuzstr. 80.

Im Zeichen der „Osthilfe“

Mieterhöhung — Unterstüßungsabbau

110-Millionen-Sofortprogramm für die Junter

Beschlüsse der Brüning-Regierung

Breslau, 8. Mai. Gestern hat die Brüning-Regierung ihre Beratungen über die Osthilfe für die Junter und Kapitalisten beendet. Es erfolgte eine grundsätzliche Einigung, und bereits am nächsten Mittwoch wird das Kabinett über die endgültige Fassung des neuen Ausbauprogramms Beschlüsse fassen. Dem Reichstag soll zunächst ein Rahmengesetz, das sechs Einzelgesetze umfasst, unterbreitet werden. Das Gesamtprogramm erstreckt sich auf den Zeitraum von fünf Jahren, und nicht eine Summe von 700 Millionen Mark vor. Für das erste Stadium der Durchführung des neuen Ausbauprogramms gegen die Junkern ist ein Sofort-Programm vorgezeichnet, das den Junkern und Unternehmern in den Ostprovinzen 110 Millionen Mark in den

Rachen werfen soll. Die Erledigung des Sofort-Programms soll mit der „Reform“ der Arbeitslosenversicherung verbunden werden. Durch Einsparungen auf dem Gebiet der Arbeitslosenversicherung soll die Bürgerblockregierung die finanziellen Mittel für die Ausbeuter-Osthilfe herbeischaffen.

Die Brüning-Regierung wird schon in aller nächster Zeit an die Durchführung der Abbaumassnahmen herangehen.

Werkstätige, der ungeheuerliche Vorstoß der Brüning-Regierung muß mit dem verstärkten Kampf aller Ausgebeuteten in Stadt und Land gegen den Hungerkurs des Bürgerblods und seiner sozialfaschistischen Lakaien beantwortet werden! Die Beschlüsse der Brüning-Regierung sind Alarmzeichen!

muß, so hat das praktisch zur Folge, daß es der unteren Verwaltungsbürokratie, dem Regierungspräsidenten und den Leuten in den „gemeinnützigen“ Gesellschaften überlassen bleibt, ob man diese Zinsen erhöht oder nicht.

Der Begriff „150 Prozent der Miete für eine gleichwertige Altmohnung“ ist doch ein vollständig vager Begriff; da kommt es in jedem Falle ganz auf die subjektive Auffassung an, und die Bürokratie wird da schon solche Altmohnungen zugrunde legen, daß diese Zinserhöhung in allen Fällen Platz greifen muß.

Das ist in der Praxis die sogenannte soziale Mieterpolitik. Denn hier werden nicht nur die Mieter der Neumohnungen allgemein getroffen, sondern auch für die Kriegsbeschädigten, die Kinderreichen gilt diese Bestimmung, und wo bereits auf Grund der geänderten Richtlinien dieser Mietwucher altes geworden ist, kann man feststellen, daß nicht nur die Mieterhöhung um 80 oder 100 Mark im Jahre erfolgt, wie dies den höheren Zinsen entsprechen würde, sondern daß diese „Gemeinnützigen“ dabei versuchen, die Mieten gleichzeitig um 20 bis 30 Prozent zu steigern, indem sie diesen Anlaß dazu benutzen, um das notwendige Eigenkapital aus den Mietern in ihren Wohnungen herauszuwickeln, damit sie weitere Neubauten errichten können.

Das ist also praktisch die „soziale Mieterpolitik“, wie sie gegen die sozial schwächeren Schichten durchgeführt wird.

Allerdings kann man auch andere Mieterpolitik treiben. Wir haben ja jetzt den Bericht der Wosjo, der Wohnungsfürsorge in Ostschlesien, zur Kenntnis bekommen, und da haben wir ja Beispiele dafür, wie man es versteht, für andere Schichten die Mieten zu senken und wirtschaftlich erträglich zu machen. Ich will daran erinnern, daß

der Direktor der Wosjo mit den Mietern, die ihm zu treuen Händen übergeben worden sind, sich zunächst selbst eine Villa für 80 000 Mark gebaut hat, daß er für diese Wohnung, die mit allen Raffinesse ausgestattet ist, mehr als 10 000 Mark

Neubau-Mieterstreit vor dem Landtag

Kommunistischer Antrag — Sozialdemokraten in der Front der Mieterfeinde

Breslau, 8. Mai. Am Dienstag kam im Preussischen Landtag der Antrag der kommunistischen Fraktion zum Neubau-Mietwucher zur Beratung. Außer den Kommunisten nahm keine Partei zu dem Antrag Stellung. Die Sozialdemokraten hielten die Front der Mieterfeinde dadurch aus der Ferne, daß sie Ueberweisung an den Ausschuss beantragten. Der Schandstreich der SPD. hatte selbstverständlich Erfolg. So haben die mieterfeindlichen Fraktionen im Landtag, die im Lande demagogisch gegen den Mietwucher auftreten und die Mieterpolitik in Preußen als eine Angelegenheit hirtischer Bezeichnungen, die mieterfeindlichen Maßnahmen der Koalitionsregierung auch in diesem Falle vollkommen gedeckt. Der kommunistische Antrag hatte folgenden Wortlaut:

Gemäß der Aenderung der Ziffer 8 der Richtlinien für die Verwendung des für die Neubaulätigkeit bestimmten Anteils am Hauszinssteueraufkommen hat der Preussische Minister für Volkswohlfahrt in seinem Erlaß vom 21. Dezember 1929 an die Regierungspräsidenten verfügt:

„Nach Ziffer 8, Satz 3, ist den Anträgen auf Herabsetzung des Zinssatzes für die Hauszinssteuerhypothek von 3 bis auf 1 v. H. hinfort nur noch stattzugeben, insoweit und solange die aus der Gesamtbelastung ermittelte Miete 150 v. H. der Friedensmiete für entsprechende Altmohnungen überschreitet. Die Gemeinden und Gemeindeverbände werden demgemäß auch nachzuprüfen haben, insoweit vom 1. April 1930 ab etwa eine Wiederheraussetzung der auf Grund der bisherigen Richtlinien ermäßigten Zinssätze im einzelnen Falle zu erfolgen hat.“

Die Aenderung der Richtlinien und der erwähnte Erlaß haben dazu geführt, daß unter Berufung auf diese die Mieten in den Neubauwohnungen gesteigert werden. Waren für die große Mehrzahl der Neubaumieten die bisherigen Mieten schon wirtschaftlich untragbar, so muß jede weitere Mieterhöhung zu einer Verschärfung der Notlage der Neubaumieten führen. Heute schon müssen diese Neubaumieten auf die Befriedigung anderer notwendiger Lebensbedürfnisse verzichten, die jetzige Mieterhöhung kann aber von den meisten überhaupt nicht mehr gezahlt werden und führt zur Ermittlung dieser Mieter. Der Landtag wolle deshalb beschließen:

Das Staatsministerium wird ersucht, die Ziffer 8 der Richtlinien für die Verwendung des für die Neubaulätigkeit bestimmten Anteils am Hauszinssteueraufkommen mit rückwirkender Kraft dahin abzuändern, daß die Zinsen im Wege des Nachlasses bis auf 1 v. H. herabzusetzen sind, insoweit und solange sich unter Berücksichtigung der Gesamtbelastung eine höhere Miete ergeben würde, als für entsprechende, vor dem 1. Juli 1914 errichtete Wohnungen zu zahlen ist.

Zur Begründung des Antrages führte der Genosse Oberdorfer u. a. aus:

„Die für 1930 erfolgte Aenderung der Richtlinien über die Verwendung des für den Wohnungsbau bestimmten Anteils am Hauszinssteueraufkommen liegt auf der vom Zinsskapital diktierten Linie der Hungerpolitik gegen die Werktätigen. In der Denkschrift des Reichsverbandes ist die eigentliche Begründung für die Aenderung dieser Richtlinien enthalten. In der Begründung wird gesagt, daß mit der bisherigen Wohnungsbewirtschaftung und auch mit der Senkung der Miete unter die tatsächlich wirtschaftliche Miete Schluß gemacht werden muß. Das bedeutet bei einem Zinssatz von 10 bis 11 Prozent und einem Baukostenindex von ungefähr 200, ohne daß

irgendwelche Korruption im Baugeschehen in Erscheinung tritt, eine Miete, wenn sie für die Kapitalisten wirtschaftlich sein soll, in Höhe der vierfachen Friedensmiete. Das ist das Ziel, das von den Großkapitalisten auch der Preußenregierung bei ihrer Wohnungspolitik vorgeschrieben ist.

Wenn man im Lande die Sozialfaschisten und Zentrumsdemagogen hört, dann war die Forderung der Wohnungszwangswirtschaft, die eine Steigerung der Mieten mit sich gebracht hat, immer lediglich eine Angelegenheit des Ministers Hirtfelder, keine Angelegenheit des preussischen Staatsministeriums; dann sagt man nicht, daß das eine Folge der Politik der Weimarer Koalition in Preußen ist.

In unserem Antrage verlangen wir weiter nichts, als die Wiederherstellung der vorjährigen Fassung dieser Richtlinien. Wir haben darauf verzichtet, bei dieser Gelegenheit Anträge zu stellen, die unseren grundsätzlichen Auffassungen entsprechen, sondern wir haben uns auf diesen Antrag beschränkt, weil sich jetzt überall die Wirkung der Aenderung der Richtlinien bemerkbar macht. Nach § 11 der Hauszinssteuerordnung hat das Staatsministerium bekanntlich Anweisungen über die Verwendung des für die Neubaulätigkeit bestimmten Anteils am Hauszinssteueraufkommen zu erlassen. Bei der Beratung in dem sogenannten Beirat, der darüber gehört wurde, haben alle Parteien von den Sozialfaschisten bis zu den Deutschnationalen der vom Wohlfahrtsministerium und der Staatsregierung vorgeschlagenen Aenderung der Fassung der Richtlinien zugestimmt. Im vorigen Jahre hatte die Ziffer 8 dieser Richtlinien folgende Fassung:

Die Zinsen sind im Wege des Nachlasses bis auf 1 Prozent herabzusetzen, insoweit und solange sich unter Berücksichtigung der Gesamtbelastung eine höhere Miete ergeben würde, als für entsprechende, vor dem 1. Juli 1914 errichtete Wohnungen zu zahlen ist.

Wenn man die Mieten in den Altmohnungen steigern will, dann muß man vor allen Dingen dafür sorgen, daß die Mieten in den Neubauwohnungen über den Mietfüßen für Altmohnungen liegen. Wenn jetzt nach den Richtlinien eine solche Ermäßigung des Zinssatzes auf 1 Prozent in allen den Fällen nicht mehr in Frage kommt, wo die Miete gegenüber einer vergleichbaren Altmohnung nicht über 150 Prozent liegt, und daß eine Erhöhung des Zinssatzes auf 3 Prozent bei allen früher vergebenen Hauszinssteuerhypotheken eintreten

257 neue Mitglieder im April

SPD. Schlesien auf dem Vormarsch

Breslau, 8. Mai. Im Monat April wurden im Bezirk Schlesien 257 Neuaufnahmen für die Partei gemacht. Davon in Breslau 52 (Stadtteil West 28), in Petersdorf 27, in Schlichtingshain 20, in Slogau 17, in Frankenstein 16, in Beuthen a. O. 14 und in Girschberg 10. Im Monat Mai wurden in der ersten Woche 99 Neuaufnahmen gemacht. Davon 36 in Langenbielau und 17 in Liegnitz.

Am 24. Mai beginnt die große Werbelampagne für Partei und Presse, auf die sich die Ortsgruppen, die Straßen- und Betriebszellen jetzt schon einstellen müssen. Die Zahl der neuen Parteimitglieder im April zeigte, daß bei einer systematischen Werbung ein Massenstrom zur Partei erfolgen wird.

Mieterhöhung in Preußen

Berlin, 8. Mai. Die Koalitionsparteien in Preußen haben in den letzten Tagen Verhandlungen über das Defizit im Haushaltsplan geführt. Das 117-Millionen-Defizit soll zum größten Teil durch eine hundertprozentige Erhöhung der Grundvermögenssteuer gedeckt werden. Die Folge dieser Erhöhung wäre eine Steigerung der Friedensmieten um 4 Prozent, da die Grundvermögenssteuer auf die Mieter umgelegt wird. Die Einigung der Koalitionsparteien auf die Erhöhung der Mieten soll unmittelbar bevorstehen.

Miete jährlich hätte zahlen müssen, wenn die Wosjo keine Zuschüsse hätte leisten müssen. Das hat dieser Bursche gezahlt? 2880 Mark, glatt 30 Prozent der Miete, die man einem Arbeiter abgenommen haben würde, wenn er in eine Wohnung der Wosjo hineingekommen wäre.

Was bei dieser einzelnen Wohnungsfürsorgegesellschaft in die Erscheinung tritt, das beweist, wo die Hauszinssteuergeheimnisse liegen, und daß hier die Quelle einer ungeheuren Korruption liegt. Dann braucht man sich nicht weiter darüber zu wundern, wenn mit solchen Mitteln wie einer Erhöhung des Zinssatzes für die Hypotheken von Wohnungen, in denen Arbeiter, Angestellte und kleine Beamte wohnen, vorgegangen wird.

Wir haben das bereits in Spandau, in Halle, in Chemnitz und im Berliner Osten bei der Gesellschaft des ehemaligen Reichsanwalters Bauer gesehen, und wir sehen im Augenblick wieder in Breslau, daß die Mieter begriffen haben, daß sie selbst in Aktion treten müssen.

In Breslau haben 5000 Mieter der Siedlungs-K.G. in einer geheimen Abstimmung darüber entschieden, ob sie höhere Mieten zahlen wollen oder nicht. Bei dieser Abstimmung war die Beteiligung genau so groß, wie bei einer Parlamentswahl. Von denen, die an der Abstimmung teilnahmen, haben 99 Prozent beschlossen: Keinen Pfennig Mieterhöhung! Dieser Beschluß wird bereits durchgeführt. Dort wohnen nicht nur Kommunisten, sondern vorwiegend Sozialdemokratische, zentrierte und parteilose Arbeiter und Angestellte und untere Beamten.

Genosse Oberdorfer beendete seine Ausführungen, zur Front der Arbeiterfeinde von SPD. bis zu den Deutschnationalen gebend, mit den Worten: „Wie Sie sich auch zu dieser Frage einstellen mögen, Sie werden um eine klare Entscheidung nicht herumkommen, und wir werden dafür sorgen, daß die Mieter, die bereits im Kampfe gegen den Mietwucher stehen, erkennen, welcher Verrat hier im Parlament von den Koalitionsparteien an ihnen begangen wird.“

Der fünfte Kongress der KÖZ.

Der 5. Weltkongress der Roten Gewerkschafts-Internationalen ist für Juli 1930 in die rote Hauptstadt des Weltproletariats, nach Moskau, einberufen worden. Die Tagesordnung des Kongresses lautet:

1. Bericht des Vollzugsbüros und die Aufgaben der internationalen revolutionären Gewerkschaftsbewegung. Hierzu Korreferate des Arbeiterinnenkomitees, des Jugendsekretariats und des internationalen gewerkschaftlichen Negers-Komitees.
2. Bekämpfung der Gefahr eines neuen imperialistischen Krieges.
3. Rolle der Gewerkschaften beim sozialistischen Aufbau der UdSSR.
4. Aufgaben der Verbände in den Kolonien und Halbkolonien.
5. Problem der Kader der revolutionären Gewerkschaftsbewegung.

Der Kongress ist ein wichtiger Anlaß, um die internationalen Beziehungen der brüderlichen Solidarität, des gemeinsamen Klassenkampfes aller Proletarier in der Welt, die Methoden und Bedingungen dieses Kampfes, der von der KÖZ geleitet wird, einer Prüfung zu unterziehen.

Der 5. Kongress ist zugleich eine würdige Jahrestagung der KÖZ. Ihre Geburtsstunde war ideologisch der abgrundtiefe Verrat der reformistischen Gewerkschaftsführer bei Ausbruch des Völkergemeichs 1914. Damals, als die Herren Legien, Wandervelde, MacDonald und die übrigen Herrschaften der Amsterdamer Internationale den Schlachtruf: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ in den Schlingengräben umwandeln in: „Proletarier, schießt euch gegenseitig tot, schlagt euch die Köpfe ab!“, als sie Burgfrieden schlossen mit der Bourgeoisie, als von ihnen im Interesse der Imperialisten Streiks und Lohnbewegungen verboten wurden, als Sozialimperialismus — wie Lenin diese Politik bezeichnete — Trumpf war, damals wurde von den Bolschewiki durch die Forderung: Die Zweite Internationale ist tot! Es lebe die Dritte Internationale! ideologisch auch der Grundstein für die Rote Gewerkschaftsinternationale gelegt. Denn die revisionistisch verlesenen Gewerkschaftsführer waren die Hauptinpeitscher der Burgfriedenspolitik. Formell wurde die KÖZ am 15. Juli 1920 von Vertretern zahlreicher Länder unter Führung der russischen Gewerkschaft in Moskau gegründet.

Seitdem hat die KÖZ für die internationale Arbeiterbewegung eine immer größere Bedeutung erlangt. Die KÖZ ist im wahrsten Sinne eine Internationale des Klassenkampfes, sowohl ihrem Charakter nach, als auch in ihrer Ausdehnung. Die KÖZ vereinigt heute die ausgebeuteten Industriearbeiter der europäischen Staaten, als auch die ausgebeuteten Kolonialsklaven Chinas und Indiens. Es gibt in der KÖZ keine Klassenunterschiede. Die ausgebeuteten Neger vereinigen ihren Kampfwillen für bessere Entlohnung, kürzere Arbeitszeit, zur Vernichtung der Ausbeutergesellschaft brüderlich mit denjenigen Anstrengungen der ausgebeuteten weißen Arbeiter und Arbeiterinnen. Das lateinamerikanische Sekretariat, das Pazifik-Sekretariat der KÖZ, und ihre zahlreichen Sektionen in allen Erdteilen umspannen die ganze Welt mit revolutionären Organen zur Organisation des Klassenkampfes aller Unterdrückten gegen die Bourgeoisie.

Die wahre internationale Klassensolidarität des Proletariats und der unterdrückten Völker ist bei den Amsterdamer Kämpf auf den Hund gekommen. Als die englischen Bergarbeiter 1926 ihren heroischen Generalstreik führten, propagierten die Herren Hujemänner die Ausnutzung der guten Konjunktur, anstatt zu Solidaritätsaktionen für die streikenden Bergarbeiter aufzurufen. Immer sind die Interessen der Bourgeoisie auch die Interessen dieser Kapitalisten.

Immer, in jedem großen Kampf, wo es auch sei in der weiten Welt, wo Arbeiter im Kampfe stehen, wo Unterdrückte sich aufbäumen gegen die Ausbeuter, wo sie nicht erst nach formalen Rechten, nach Tarifstreue, nach Sanktionen, nach den ganzen ausgeklügelten Systemen der reformistischen Führer zur Niederhaltung dieser Kämpfe tragen, ist die KÖZ, und ihre stärkste Sektion, die Gewerkschaften der Sowjetunion, zur Stelle, um den Arbeitern zu helfen, nicht mit leeren Sympathieerklärungen, sondern mit Geld. Das hat den Ausschrei der Bourgeoisie, das hysterische Geheul der Gewerkschaftsbürokraten in jeder Gewerkschaftsversammlung und in den Gewerkschaftszeitungen ausgelöst, vom „rohenden russischen Kubel“. Es ist nie eine Schande in der Arbeiterbewegung gewesen und wird niemals eine sein, kämpfende Arbeitsbrüder mit allen wirklichen Mitteln in ihrem Kampf zu unterstützen.

Es ist eine Klassenpflicht, die bereits Karl Marx im kommunistischen Manifest begründete, die kämpfenden Arbeitsbrüder über die Grenzpfeile hinweg zu unterstützen. Nur international kann die Arbeiterklasse gegen die Klasse der Besitzenden und der Ausbeuter siegreich sein. Je fester die internationale Solidarität, je größer die Internationalität in Taten, desto besser sind die Chancen für den Sieg des Proletariats. Die KÖZ hat vieles dazu beigetragen, durch Taten diesen Geist der internationalen Solidarität unter den Arbeitern und unterdrückten Völkern zu erziehen und zu stärken.

Die Aufgaben des 5. Kongresses sind umrissen durch die Verschärfung der wirtschaftlichen und politischen Kämpfe der Arbeiterklasse in den Industrieländern und der unterdrückten Völker in den Kolonien. Aus den großen Kämpfen der Arbeiterklasse am 6. März und den hinter uns liegenden Wirtschaftskämpfen und Auseinandersetzungen in den Betrieben müssen die Lehren gezogen werden.

Große Auseinandersetzungen stehen der Arbeiterklasse in Deutschland bevor. Durch die vorläufige Verteilung der Rente unter den imperialistischen Räubern im Young-Plan hat die Bourgeoisie freie Hand bekommen, zum verschärften Angriff auf den Lohn und die Sozialfürsorge. Die reformistischen Bürokraten, die die Geburtshelfer der Reaktion und des Faschismus in allen Ländern sind, bemühen sich in Deutschland durch eine betrügerische Scheinopposition ihr gesunkenes Ansehen bei den Arbeitern wieder herzustellen. Die von ihnen abgeschlossenen Tarife regeln nicht mehr den tatsächlichen Lohn der Arbeiter. Bei Anerkennung dieser Tarife ist es dem Unternehmertum trotzdem möglich, weitgehende Lohnherabsetzungen durchzuführen. Zur Zurückschlagung der Lohnabbauoffensiven des Unternehmertums sind die reformistischen Führer unfähig. Sie schließen gemeinsam mit der Bourgeoisie nach vermehrter Kapitalbildung, die nur durch vermehrte Ausbeutung möglich ist.

In Ostwest, in der Berliner Metallindustrie, auf den Hamburger Werften, überall stehen große Auseinandersetzungen bevor. Stärker muß in diesen Kämpfen die revolutionäre Einheitsfronttaktik in den Betrieben angewandt werden zur Mobilisierung der Arbeiter unter eigener

Kampfführung, zur Entlarvung der Scheinopposition und der Vorkriegsrolle der sozialfaschistischen Bürokratie. Für diese täglichen Kämpfe der Arbeiter werden die Beschlüsse des 5. KÖZ-Kongresses von größter Bedeutung sein. Die Arbeiter in den Betrieben und Gewerkschaften müssen unter Führung der KÖZ, durch Auswertung ihrer Erfahrungen beitragen, die Richtung der internationalen Gewerkschaftspolitik und Kampfstrategie der revolutionären Gewerkschaftsopposition zu bestimmen.

Die Vorbereitung und Teilnahme der deutschen Arbeiter am 5. Kongress der KÖZ, muß einen gewaltigen Massencharakter annehmen. Wo es gilt, gegen die Unternehmer zu kämpfen, bessere Löhne zu erstreiten, den Siebenstundentag durchzusetzen, da ist die revolutionäre Opposition zur Stelle. Da entsteht die wahre Einheit des Klassenkampfes der Arbeiter.

Wer steht gegen diese Front? Es sind die Gewerkschaftsführer, die die Arbeiter beschwören, lieber zu freieren aber die Tarifstreue zu halten. Dann kommt der sozialfaschistische Urteilspruch über diese Könige, wie es bei den Berliner Maschinenschlechtern in der „Deutschen Tageszeitung“ geschah und in vielen anderen Betrieben: „Wilder Streik!“

Der 5. KÖZ-Kongress steht im Zeichen der Verschärfung der Auseinandersetzungen der Unterdrückten in aller Welt mit den Ausbeutern und ihren Helfern. Der 5. KÖZ-Kongress muß noch härter das Klassenbewußtsein aller Unterdrückten wecken, sie zu fester, revolutionärer Einheitsfront über die Schranken aller Organisationen hinweg zusammenführen, zu den entscheidenden siegreichen Kämpfen, zur Vernichtung der Herrschaft der Ausbeuter und Unterdrückten, zur Verteidigung der Sowjetunion.

Der getarnte Reichswehretat

Illegale Offizierschulung — Offensichtliche Verschleierungen — Verdächtiger Grenzschutz — Nieder mit den Kriegstreibern!

Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde am Mittwoch die Beratung über den um rund 50 Millionen Mark gegenüber dem Vorjahre erhöhten Etat des Reichswehrministeriums fortgesetzt. Dabei machte der Genosse Rippenberger sensationelle Enthüllungen, die von der gesamten Arbeiterklasse beachtet zu werden verdienen.

Die illegale Aufrüstung

Mit einwandfreiem Beweismaterial schilderte er die Arbeitsmethoden der illegalen Offiziersarbeitsgemeinschaften zwischen aktiven Reichswehroffizieren und ehemaligen aktiven Offizieren auf dem Lande.

So wurden in der Garbeschützenkaserne in Berlin in Geheimkursen ehemalige Offiziere, besonders bewährte Freikorpsführer, unter Leitung von Beauftragten des Reichswehrministeriums mit den neuesten Methoden der Strategie und Taktik fortlaufend bekannt gemacht.

Besonders wichtig war auch die Feststellung, daß illegale Feldjäger-Kurse zur Bewachung der neuen geheimen Befestigungen längs der Oderlinie und in Ostpreußen bestehen. Für diesen letzten Zweck fordert Groener unter dem Titel: „Maßnahmen zur Verbesserung der Landesbefestigungen“ insgesamt nicht weniger als 30 Millionen Mark, davon 2½ Millionen in diesem Jahre. Es ist klar, daß diese Maßnahmen im Osten nicht gegen Polen, sondern gegen die Sowjetunion gerichtet sind.

Der ganze Etat steht überhaupt im Zeichen der Aufrüstung des neu-deutschen Imperialismus mit allen Mitteln. Der Verbruch Groeners, die vielen hunderte von Millionen, die für seine dunklen Zwecke von den Steuergrößen verschleubert werden, zu verschleiern, ist kläglich mißglückt. Schon ein einfacher Blick auf die einzelnen Positionen des Etats enthüllt diesen ungeheuerlichen Skandal.

Die Schmiere für ein Maschinengewehr kostet mehr als der Gehalt des Arbeiters

Allein für Munition werden insgesamt 95 Millionen (gegenüber 87 Millionen im Vorjahre) angefordert. Die Kaiserliche Armee von 500 000 Mann erhielt für diesen Zweck nur 65,7 Millionen, aber Groeners Garben, die nur rund 100 000 Mann zählen, bekommen 95 Millionen Mark zum Verpulvern. Hier ist die Verschleierung offensichtlich.

Für die Bekleidung ist für jeden Soldaten fast viermal soviel angelegt, als vor 1913. Auf den einzelnen Kopf ist das ein Betrag von 259.— Mark, insgesamt von 28,9 Millionen Mark. Auch hier bleibt manche Million für die dunklen Zwecke der imperialistischen Aufrüstung übrig.

Auch die Reichsmehrpferde dürfen dies Jahr statt für 17,5 Millionen Mark für 18,6 Millionen Mark füttern! Das Tollste von allem sind jedoch die Mittel, die für die Unterhaltung der Waffen ausgegeben werden.

Die Instandhaltung eines Gewehrs erfordert pro Stück die Summe von 51,70 Mark, das ist genau die Hälfte des Anschaffungspreises eines neuen Gewehrs Modell 98.

Für 84 000 Gewehre und 18 000 Karabiner sind hierfür 5 276 000 Mark eingelegt.

Bei den Maschinengewehren beträgt die Instandhaltung (Öl, Schmirgelpulver usw.) 424 Mark pro Jahr und pro Stück, bei den Minenwerfern kostet die Instandhaltung pro Stück 807,5 Mark und bei den Geschützen im Durchschnitt 20 523 Mark.

Schon die Instandhaltungskosten eines einzigen Maschinengewehrs sind bedeutend höher als der Jahresverdienst eines gut bezahlten Arbeiters.

Gröner und seine Parteien schweigen

Diese empörenden Tatsachen wurden von unserem Genossen in wiederholten Reden im Haushaltsausschuß des Reichstages angeprangert. Doch zu diesen Feststellungen schwiegen sowohl Groener als auch die gesamten bürgerlichen Parteien, einschließlich der SPD. Groener erklärte zu der Notlage der Mannschaften, die schon wiederholt zu Erregungen und Selbstmorden geführt hat, daß das nur auf Spielfeldern und mangelnden Sparsinn bei den Soldaten zurückzuführen sei.

In den Offiziersfamilien herrsche auch mehr Sparsamkeit als in manchen Arbeiterfamilien.

Genosse Rippenberger erklärte sich mit diesen rebellierenden Soldaten und Matrosen solidarisch und zitierte dann folgenden Passus aus einer Verfügung des Reichswehrministeriums, der gleichzeitig

Die Furcht vor dem wachsenden Einfluß der Kommunisten

unter den Soldaten erkennen läßt:

„Wer sich durch die ungerechte Behandlung eines Soldaten, durch schlechtes Essen oder wenig Löhnung vom Wege der Pflicht abbringen läßt, begeht schweren Treubruch. Besonders verbrecherisch ist es, seine Mißbilligung in Kameradenkreise zu tragen oder gar die Defektheit davon in Kenntnis zu setzen.“

Zu dieser Frage brachten die Kommunisten folgende Entschiedenheit ein:

„Alle Ausnahmebestimmungen, die die politischen und gewerkschaftlichen Rechte der Unteroffiziere und Mannschaften einschränken, sind zu beseitigen. Die Unteroffiziere und Mannschaften von Heer und Marine erhalten das aktive und passive Wahlrecht, das Recht auf Teilnahme an politischen Versammlungen und unbehinderte Abhaltung von Soldatenversammlungen. Ferner erhalten sie das Recht der politischen Organisation und freien Zeitungsverwaltung, besonders die Freiheit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses und der selbständigen Soldatenvereinigungen. Alle entgegengesetzten Verbote werden aufgehoben.“

Alle persönlich einschränkenden und entrechtenden Bestimmungen betreffend Heirat, Besuch von Arbeiterlokalen, außerdienstliche Freizeit, Tragen von Zivilkleidung, privaten Umgang, Arztwahl, rechtskundige Vertretung werden aufgehoben. Der Zwang zur Kameradschaft und zu Ehrenbezeugungen außerhalb des Dienstes fallen weg.“

Im Gegensatz hierzu machten die Sozialdemokraten Vorschläge darüber, wie durch eine bessere Ausgestaltung der Manöver die Kriegsbegeisterung und Reichswehrfreudigkeit der gesamten Bevölkerung zu heben sei.

Deutschnationale für SPD.-Regierung

Zum Dank dafür marschieren die SPD. an der Spitze der Kulturreaktion

Gestern wurde im preussischen Landtag in namenhafter Abstimmung der Antrag der Wirtschaftspartei auf sofortige Auflösung des Landtages mit 260 gegen 98 Stimmen abgelehnt. Gegen die Auflösung stimmten außer den Regierungsparteien die Deutschnationalen.

Gemeinsam mit diesen Parteien führt denn auch die SPD. in Preußen alle reaktionären Anschläge gegen die Arbeiterklasse durch.

Es schaltete die SPD. gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien den kommunistischen Antrag auf Einstellung von 15 Millionen für die Durchführung des verfassungsmäßig gewährleisteten Rechts der Arbeiterkinder auf freie Lernmittel ab.

Abgelehnt wurden auch die kommunistischen Anträge auf Verteilung der Schulklassen, auf Unterstützung der Leistungsschwachen Gemeinden für Schulbauten, Erziehungsbehelfen armer höherer Schüler und Studenten, für Kindergärten und Bekämpfung der Kinderarbeit. Abgelehnt wurde jeder Pfennig für den Arbeiter-Theater-Bund, die Marxistische Arbeiterschule und für marxistische Literatur in den Volkshochschulbibliotheken. Die kommunistischen Beamtenanträge, die Forderung der Aufhebung der Anstellungssperre gegen disidente Lehrer, die Forderung auf disziplinarische Bestrafung prügelnder Lehrer, wurde mit Hilfe der SPD. in den Ausschüssen begraben.

Dafür stimmte aber die SPD. für die Verschleuderung anzehntlicher Millionen an Aufwandsentschädigungen hoher Beamter, für die Lusttheater der Bourgeoisie, für Privatschulen und — selbstverständlich — für die Pfaffen; damit sie die Hege gegen die Sowjetunion besser betreiben können.

Daß die SPD. gegen die Auflösung der Krolloper stimmte — die Auflösung wurde gegen die Stimmen der Kommunisten beschlossen — geschah nur, um wenigstens in einer Frage nach außenhin den Schein eines Kampfes gegen die Kulturreaktion vorzutäuschen. Aber im selben Atemzug billigte sie die amtliche Propaganda des imperialistischen Vereins für das Deutschtum im Auslande, die Verfolgung der kommunistischen Schüler und das Verbot der Schulkreise für revolutionäre Organisationen.

Sogar die Kommunalisierung der Friedhöfe wurde von der SPD. abgelehnt.

Gekront wurde dieser eine „Arbeitsstag“ der sozialdemokratischen Kulturreaktionäre durch die Ablehnung des 1. Mai als schulfreier Tag, acht Tage nach der Lustgardendemonstration! Die Arbeiterkinder — auch die sozialdemokratischen Kinderfreunde — werden der SPD. die Quittung dafür geben bei den Elternratswahlen durch Stimmenabgabe für die Liste proletarischer Schulkämpfer.

Wo die Hauszinssteuer-Millionen bleiben?

„Woso“ errichtete Luxuswohnungen für die Feinde der werktätigen Mieterschaft — Organisiert den Kampf gegen Wohnungselend und Mietenzwucher!

Mehr als zwei Milliarden werden jährlich aus der deutschen industriellen werktätigen Bevölkerung mittels der Hauszinssteuer herausgepreßt. Mehr als drei Fünftel werden direkt zur Aufrechterhaltung des staatlichen Machtapparates verwendet, aber auch der Rest findet nicht für den Arbeiterwohnungsbau Verwendung. Die Hauszinssteuer ist selbst für kapitalistische Begriffe eine ungeheuerliche Quelle der Korruption. Durch einen Revisionsbericht über die Wohnungsfürsorge Oppeln — eine staatliche Einrichtung — erhält man einen kleinen Einblick in diesen Sumpf. Mit den ihr anvertrauten Mitteln hat die „Woso“ ein Bürogebäude errichtet, das die runde Summe von dreieinhalb Millionen Mark kostete. Für die obere Staats- und Gemeindefürsorge wurden mit Hauszinssteuermitteln Villen und Luxuswohnungen errichtet, u. a. für

- Baurat Niemeyer (Leiter der „Woso“) . . . 80 700 Mark
- Dr. Pawelle (Direktor der Zentralgenossenschafts-Kasse) . . . 69 070 Mark
- Dr. Berger, Oberbürgermeister, Oppeln . . . 75 000 Mark
- Meyer, Stadtoberbaurat in Neisse . . . 46 000 Mark
- Boßch, Oberregierungsrat in Neisse . . . 31 000 Mark

In einem Hause für Regierungsräte in der Goethestraße in Oppeln wurden 28 000 Mark still abgeschrieben. Nuphischer in Form billiger Mieten waren Baurat Friebel, Amtsgerichtsrat Bagner, Stadthauptmann Biczorek und andere Prominente. Allein bei sechs Objekten betrug der jährliche Ausfall für die „Woso“ nach dem Bericht der Treuhandsstelle 100 000 Mark. Andere, denen von der „Woso“ ein Haus gebaut wurde, blieben mit nicht kleinen Beiträgen hängen, so der deutschnationale Abgeordnete Lukassowicz mit 12 000 Mark, Stadtrat Pudera, Beuthen, mit 5200 Mark, Pfarrer Barthe mit 5200 Mark — von Hauszinssteuer sind Pfaffen befreit — Prälat Nathanael, Branitz (angeblich für Landarbeiterwohnungen), mit 5000 Mark usw.

Die Herrschaften haben es meisterhaft verstanden, sich auf Kosten der Arbeiterschaft nette Wohnungen zu wirtschaftlich für sie tragbaren Mieten zu verschaffen. Bei einer ordnungsmäßigen Berechnung der Mieten hätten eine jährliche Miete

	zahlen müssen	haben gezahlt
Dr. Pawelle	8 670,40	3 000 Mark
Baurat Niemeyer	10 135,—	2 880 Mark
Regierungsrat Fischer	6 681,40	3 000 Mark

Die „Woso“ hat auch von den Kommunen weitere Mittel zum „gemeinnützigen“ Wohnungsbau erhalten. Die Kommunisten waren es wiederum allein, die sich scharf gegen die Vergabe von Mitteln an solch „gemeinnützige“ Gesellschaften wandten. Die „Woso“ hat eine Tochtergesellschaft, den „Oberschlesischen Bauverein“, geschaffen. Diese Gesellschaft hat vor einigen Tagen den Mietern am Michaelstorplatz in Hindenburg die Mitteilung zugehen lassen, daß die Mieten erhöht werden müssen. Diese „Gemeinnützigen“ wollen sich an den werktätigen Mietern schadlos halten. Die dort wohnenden Mieter haben schon mehrmals die Wohnungen gewechselt, weil sie die Mieten nicht bezahlen konnten. Statt den Herren, denen man Luxuswohnungen mit Arbeitergroßen erstellte, die tatsächliche Miete abzuköpfen, geht man brutal gegen die Arbeiter, kleinen Beamten und Angestellten vor.

Die mit Hauszinssteuer erbauten Wohnungen der „Gemeinnützigen“ aller Schattierungen können die Arbeiter nicht bezahlen. Immer größer wird die Zahl der leerstehenden Neubauwohnungen, und die Proletenfamilien gehen in elenden Löchern zugrunde, während sie aber auch noch Hauszinssteuer zahlen müssen. Die Wohnungsfrage ist eine wichtige soziale Frage, die für die Werktätigen im kapitalistischen Ausbeuterkampf nicht gelöst werden kann. Kampf gegen die Wohnungsnot, gegen die Hauszinssteuer, gegen den Mietenzwucher usw. ist unersetzlicher Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaft.

Veranlassung der SPD- und der PPS-Abgeordneten ein, um den Redner zu überreden. Diesen Moment benutzten die Funktionäre der SPD- und der PPS. zur Flucht.

Wohlung SPD, Beuthen! Am Sonntag, den 11. Mai, Ausflug nach Kollmitz. Sämtliche Genossen und Genossinnen sammeln sich an der Rittersburg früh 7 1/2 Uhr. Abmarsch 8 Uhr. Jugend und PPS. beteiligen sich gleichfalls am Ausmarsch. Essen für ganzen Tag ist mitzunehmen. Ortsleitung der SPD, Beuthen.

Railbor

Aus der Partei. Wir geben hiermit den Beschluß der Bezirksleitung bekannt, daß Josef Polifka aus Marlowitz wegen parteischädigenden Verhaltens aus der SPD. ausgeschlossen worden ist.

Miechowitz

Bei einer Floßfahrt ertrunken. Am Spätnachmittag des Dienstag führten die 14jährige Rosa Brylok und die 16jährige Anna Labus von hier im Teich in der Nähe der Grube auf einem Floß. Pöhllich kippte das Floß um, so daß beide Mädchen ins Wasser stürzten. Während Rosa Brylok von ihrem Bruder gerettet wurde, konnte die Anna Labus erst nach geraumer Zeit als Leiche geborgen werden.

Rokitnitz

Kuhhandel um Freistellung auf Castellengo-Grube

Arbeiterrat protestiert

Ein Pömpel schreibt uns: Auch auf unserer Anlage konnten wir die erneute Wahrnehmung machen, daß die Reformisten und Christen es nur auf die Freistellung als Betriebsräte abgesehen haben. Bei der stattgefundenen Ausschuhwahl standen sich nur zwei Listen gegenüber, und zwar die Liste der Opposition und die Liste der Reformisten, Christen und der Angestellten. Von der Mehrschichtliste ist Ma c i o s c h e l (SPD.) zum Betriebsratsvorsitzenden und O h m a n n (SPD.) zum Schriftführer als gewählt zu betrachten. Den besten freigestellten im Betriebsrat hatten Reformisten, Christen und Angestellte dem Christen Richard M a i n t a zugesprochen, trotzdem dies unzulässig ist, weil M. ja nicht Mitglied des Betriebsratsausschusses ist.

Daß der Christ M a i n t a auf die Freistellung gleich nach der Betriebsratswahl mit aller Kraft hinarbeitete, zeigte sein folgendes Verhalten: Nach der Wahl erklärte der Christ dem Genossen Mayer, daß er bereit sei, bei der Ausschuhwahl mit der Opposition zu gehen, wenn sie ihm einen freigestellten Sitz im Ausschuh garantiere. Die Opposition wies diese freche Zumutung glattweg ab, weil sie nicht am freigestellten Sitze ringt, sondern um die Vertretung der Belegschaftsinteressen. Daraufhin nahm M a i n t a die Verbindung mit den Reformisten auf und war bei ihnen nur willkommen.

Der Arbeiterrat beschäftigte sich mit der unzulässigen Freistellung des Christen M a i n t a. Mit Mehrheit erhob der Arbeiterrat Protest gegen die Freistellung des M. Der Protest ist bis heute von den Reformisten und Christen nicht beachtet worden.

Diesmal ist es den Reformisten mit Hilfe des Christen M a i n t a noch gelungen, die Freistellung zu behalten. Diese Leute vom Schlage eines O h m a n n sind Berufsbelegschaftsmitglieder geworden und scheuen natürlich Arbeit. Die Kameraden, die diesen Leuten, die ihre Interessen mit Füßen treten, die Stimme gegeben haben, müssen hieraus lernen und den Anschluß an die revolutionäre Opposition vollziehen.

Groß-Strehlitz

Stahlhelmterror auf den Kalkwerken. Auf den hiesigen Kalkwerken gehen verschiedene Ausschere dazu über, die Arbeiter für den Stahlhelm zu werben. Natürlich machen sie das auf Geheiß der Verwaltung. Diejenigen, die auf dieses Angebot gern verzichten, bedroht man mit der Entlassung. Es sind bereits Fälle zu verzeichnen, wo klassenbewußte Proleten auf Straßenpflaster geschoßen sind. Als eifrigster Agitator betätigt sich ein gewisser P i e r o n e z y l aus Suchbana, der sich durch seine Werbearbeit für den Stahlhelm Beförderung zu einem größeren Antreiber haken möchte.

Der 1. Mai bemies, daß auch die Proleten der Kalkwerke erkannt haben, daß sie nicht zum Stahlhelm, sondern zur SPD. stehen müssen. Gegen das immer frechere Auftreten der Stahlhelmer auf den Kalkwerken muß die klassenbewußte Arbeiterschaft die antifaschistische Arbeitermehr als Abwehrorganisation gegen den Faschismus ins Leben rufen und tatkräftig unterstützen.

Oppeln

Schwerkrriegsbeschädigter als Lebensretter. In der im Bau begriffenen Babenanstalt in der Rosenberger Straße ging der zehnjährige Sohn des Bahnarbeiters Romal im Wasser unter. Seine Schwester, die ihn retten wollte, wurde mit in die Tiefe gerissen. Dem auf die Hilfe rufe herbeieilenden Schwerekrriegsbeschädigten Korzegegel gelang es, daß bereits bewußtlose Mädchen zu retten, während Dr. Grabisch aus Königshütte den Jungen herausholte. Beide Kinder konnten ins Leben zurückgerufen werden.

Der VII. oberschlesische Bezirksparteitag tagt am 17. u. 18. Mai in Hindenburg!

Arbeitsgebietskonferenzen der Partei am 11. Mai

Sonntag, den 11. Mai, finden für das Arbeitsgebiet Gleiwitz im Lokal Rutzke, Beselzstraße, 10 Uhr, Arbeitsgebiet Beuthen, in Miechowitz, Lokal Schindler, 10 Uhr, Arbeitsgebiet Hindenburg, Kleiner Saal von Diekha, 10 Uhr, Arbeitsgebietskonferenzen statt.

Die Ortsgruppen bzw. Zellen haben die Konferenzen mit Delegierten zu beschicken. Auf den Konferenzen wird zu dem am 17. und 18. Mai stattfindenden 7. oberschlesischen Bezirksparteitag Stellung genommen.

Gleiwitz

Photoaufnahmen vom Leipziger Jugendtag

Sind zum Preise von 20 Pfennig durch die BL. zu beziehen. Verband für Jugendertum und Feuerbestattung. Sonnabend, den 10. Mai, 20 Uhr, im Vereinslokal Gewerkschaftshaus, Eintrachtstraße, Mitgliederversammlung mit Referat. Gäste willkommen.

Hindenburg

Antreiber der Guido-Grube halten Bierfest ab

Folgender Fall ist auf der Guido-Grube vorgekommen: Ein Arbeiter blieb krankheitshalber eine Schicht zu Hause und wollte sich am nächsten Tage bei seinem Revierleiter Schuster entschuldigen. Da der betreffende Steiger in seinem Büro nicht anwesend war, hat er den Steiger W a l e n z j y l, falls der Steiger Schuster komme, ihn zu entschuldigen. Dieser Steiger Walenzyl hatte wohl den Auftrag angenommen, machte aber folgende Bemerkung: „Sie waren wohl befohlen und kamen deshalb nicht zur Schicht.“ Daß aber sein Berufskollege, der Steiger Schuster, ein paar Tage darauf so befohlen gewesen ist, daß er vom Steiger Skrowronel, der selbst auch nicht mühten war, die Porothentstraße geführt werden mußte, um die Passanten nicht anzurempeln, das fand er in Ordnung. Wenn ein Arbeiter nach seiner schweren Arbeit sich erlaubt eine Schicht zu Hause zu bleiben, wird ihm schon vorgehalten, daß er befohlen war,

aber die Herren Steiger bis zum Fahrsteiger von der Guido-Grube machen im Steigerbüro ein Biergelage.

Am 1. Mai, als die Arbeiter auf der Straße demonstrierten, hatten die Antreiber mit den hohen Schaltern auf der Guido-Grube ein Bierfest veranstaltet. Dort wurde gefessen und Stak gedroschen. Auf der einen Seite wird im Zechenhaus Kirche abgehalten, auf der anderen Seite wird das Zechenhaus für eine Belegschaftsversammlung verboten.

Arbeiter der Guido-Grube und Desbrüchschächte, laßt euch das nicht gefallen!

Beuthen

Die Arbeitsgebietskonferenz Beuthen

findet am Sonntag, den 11. Mai, vormittags 10 Uhr, in Miechowitz, Lokal Schindler, statt. Die Delegierten von Beuthen sammeln sich um 9 Uhr an der Promenade, gegenüber der Parkstraße, zum Marsch nach Miechowitz. Ortsleitung der SPD, Beuthen.

Blutiger 1. Mai in Schwientochlowitz

Am 8 Uhr versammelten sich die SPD. und die PPS. am hiesigen Marktplatz und zogen, 19 Mann stark, nach Königshütte zu ihrem üblichen Trekkonzert, und provozierten dadurch die klassenbewußten Arbeiter, Arbeiterinnen und Arbeitslosen, die um 9,30 Uhr an derselben Stelle ihren Treffpunkt hatten und ebenfalls nach Königshütte marschieren wollten. Trotz der Genehmigung der Starostei verbot der Bürgermeister P o l i a l nun den Aufmarsch der Tausende von revolutionären Demonstranten, die unter Führung der SPD. den 1. Mai nicht als Feiertag, sondern als Kampftag begehen wollten. Der ganze Polizeiapparat wurde mobilisiert und erschien am Marktplatz. Die Demonstranten achteten nicht auf das Verbot und der Zug setzte sich in Bewegung. Als man einige hundert Schritte vorwärts kam, stürzte die berittene Polizei in den Zug, konnte aber wenig ausrichten, und so griff die ganze Polizeiregime ein und schlug blindlings um sich, nicht achtend auf Frauen und Kinder. Es gab mehrere Verletzte, die ins Krankenhaus geschafft werden mußten. Man begab sich nun nach Königshütte, wo auch der Hauptversammlung der revolutionären Demonstranten war. Dort griff wieder die Polizei ein. Man begab sich auf den Rebenberg, wo die SPD. und die PPS. ihre Vorträge hielten. Als ein verletzter Genosse das Wort ergriff, um die Vorgänge in Schwientochlowitz zu schildern, setzte die Kapelle auf



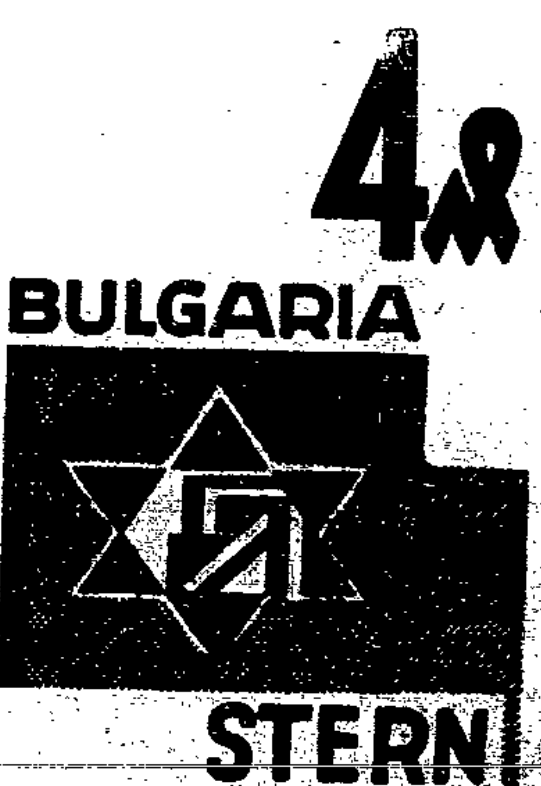
Wie stolz sagt mancher Fabrikant,

ihm sei es gelungen, das Publikum zum Kauf seiner Ware zu überreden. Diese Leute haben keine wirtschaftliche Existenzberechtigung. Nicht Ware aufzuzwängen hat der Hersteller, sondern er hat seine Pflicht an der Volkswirtschaft zu erfüllen.

Aus diesem Prinzip heraus stellen wir in unserer

BULGARIA-STERN 4 Pfg.

Zigaretten her von einer Qualität, wie sie zu diesem Preise noch nicht gebracht war. Der Raucher brauchte nicht erst überredet zu werden, er kam von selbst und blieb dauernder Anhänger.



Rund um den Erdball

Menschen zweiter Klasse

Nur Kommunisten treten für die geknechtete schwarze Rasse in Amerika ein

New York, 7. Mai. (A.P.-Bericht.) Mit welcher Brutalität und engstirnigem Rassenhochmut die forumpolierete Klassenjustiz Amerikas gegen Angehörige der schwarzen Rasse, gegen die verachteten Neger, vorgeht, beweisen wiederum zwei empfindende Fälle, die bei der Klassenbewußten amerikanischen Arbeiterschaft große Erregung verursacht haben.

Da hatte vor kurzem ein 19jähriger Neger, der in Cincinnati beschäftigt war, seine Angehörigen in Georgia besucht. Um das Geld für die Rückfahrt zu sparen, tippelte er zu Fuß nach Cincinnati zurück. Auf seiner Wanderung kam er auch nach Crescent Springs, einem kleinen, als besonders rückständig bekannten Städtchen im amerikanischen Staate Kentucky. Der junge Neger klopfte dort an die Tür eines Hauses, um sich ein Glas Wasser zu erbitten. Eine Frau öffnete, und als sie den Neger sah, stimmte sie sofort ein hysterisches Geschrei an, das die Nachbarn herbeilockte. Sofort entstand das Gerücht, der Neger habe die Alte überfallen wollen.

„Lacht ihn! Lacht ihn!“

riefen die verhetzten Kleinbürger und fielen über den Unschuldigen her, um ihn am nächsten Baum aufzuhängen. Rechtzeitig kam die Polizei hinzu und rettete den Neger zwar vor dem Gehängewerden, aber nur, um ihn nachher legal abzurichten. Tatsächlich wurde der gänzlich Unschuldige später von einem Geschworenengericht zum Tode verurteilt,

„weil er eine weiße Frau belästigt habe.“

Die Rote Hilfe in Cincinnati, die von dem empfindenden Klassenurteil Kenntnis erhielt, legte sofort Berufung gegen das Urteil ein. Bezeichnend für den Rassenhochmut der amerikanischen Spießer ist die Bemerkung, die der Gefängnisdirektor dem Vertreter der Roten Hilfe gegenüber machte, als dieser den gefangenen Neger besuchen wollte. „Was geht Sie der Schwatze

an? Für einen Neger ist der Steid noch viel zu schade!“ Mit diesem brutalen Bescheid wurde der Verteidiger abgefertigt. Keiner darf zu dem unschuldig Verurteilten, und sogar der Besuch seiner nächsten Angehörigen wurde abgelehnt.

Bravo, Eli Andrews!

Der zweite empfindende Fall hat sich im amerikanischen Staate Cleveland abgespielt. Da sagte bei einer Verhandlung gegen eine Jungkommunistin namens Eli Andrews der Richter zu ihr:

„Wer werde sie freisprechen, wenn sie der kommunistischen Bewegung fernbleibe.“

Mit Entrüstung wies die Genossin dieses schamlose Anerbieten zurück und trat ihre Strafe von einem Monat Gefängnis hocherhobenen Hauptes an. Und ihr Verbrechen? Nichts mehr und nicht weniger, als daß sie in Gesellschaft eines Negergenossen ein Restaurant aufsuchte, und als sich der Besitzer weigerte, dem Neger zu servieren, dagegen energisch protestierte. Der Negergenosse wurde mit brutaler Gewalt aus dem Lokal entfernt und die tapfere Genossin wurde aufgefordert, das Lokal zu verlassen. Das tat sie jedoch nicht, worauf sie von herbeigeholten Polizisten verhaftet wurde.

Unsere tapfere Genossin Eli Andrews, die die Menschenrechte der schwarzen Rasse so nachdrücklich und mutig verteidigt, ist eine alte Revolutionärin, die noch andere „Verbrechen“ auf dem Kerbholz hat. Ist sie doch außerdem noch wegen „verbrecherlichem Syndikalismus“ angeklagt, weil sie im August vorigen Jahres vor einer Fabrik zu den Arbeitern gesprochen hatte.

Auch aus diesen zwei Vorfällen ist wieder einmal ersichtlich, daß es in der ganzen kapitalistischen Welt nur die Kommunisten sind, die rücksichtslos und unter Einfluß ihrer eigenen Persönlichkeit für die elementaren Menschenrechte der ausgebeuteten farbigen proletarischen Klassengenossen eintreten.

Moskauer Jugend in der Maidemonstration



Wie in allen Städten Rußlands, so ist auch im roten Moskau, der Hauptstadt des Arbeiter- und Bauernvaterlandes der 1. Mai zu einem Volksfest im wahrsten Sinne des Wortes geworden. Die Beteiligung der Arbeiterschaft steigt dort von Jahr zu Jahr. So war auch in diesem Jahre wieder der Rote Platz das Ziel vieler Hunderttausende, die vier bis sechs Stunden geduldig ausharrten, um für die Arbeitermacht zu demonstrieren. Die Wartezeit in den Zugangsstraßen wurde zu politischer, kultureller und antireligiöser Propaganda ausgenutzt, und die Moskauer rote Jugend führte Volkstänze auf.

Schwerer Autouzammenstoß

Am Dienstag nachmittag ereignete sich an der Bahnhöfenführung Hagen-Cöln ein schwerer Autouzammenstoß. Ein großer Berliner Personkraftwagen hatte in der Kurve eine Reifenpanne, geriet ins Schleudern und fuhr einem entgegenkommenden Opelwagen in die Flanke. Der Opelwagen wurde vollständig zertrümmert und der Berliner Wagen schwer beschädigt. Sechs zum Teil Schwerverletzte fanden im Krankenhaus Aufnahme.

Berhängnistoller Irrtum

Durch Verwechslung von Peter Illie mit dem giftigen Wasserstierling erkrankte in Chemnitz eine Familie von fünf Personen. Sie wurden schwer krank ins städtische Krankenhaus überführt.

Immer noch Hitzewelle und Waldbrände in Amerika

Die große Hitzewelle in einem Teil der Vereinigten Staaten von Amerika dauert mit unverminderter Heftigkeit an. Die Hitze ist von ausgedehnten Waldbränden begleitet, die bisher nicht gelöscht werden konnten. Fünf Städtchen sind von den fortschreitenden Flammen bedroht. Tausende von Menschen sind bereits obdachlos.

Nordsee - Mordsee



Wie wir bereits vor einigen Tagen meldeten, stießen im Nebel am Borkumer Feuerschiff der griechische Dampfer „Kleopatra“ und der englische Dampfer „Raven“ zusammen. Der Engländer erlitt so schwere Beschädigungen, daß er kurz darauf sank. Die Mannschaft konnte sich mit knapper Not auf das griechische Schiff retten. Unser Bildtelegramm zeigt den Engländer einige Sekunden vor dem Versinken.

Schwere Wirbelstürme in Texas

73 Tote und mehrere hundert Verletzte

London, 7. Mai. Ueber das Gebiet des amerikanischen Staates Texas sind in der Nacht zum Mittwoch schwere Wirbelstürme hinweggegangen, die viele Häuser beschädigten. An vielen Stellen brach Feuer aus. Man befürchtet, daß mindestens 70 Personen unter den Trümmern der eingestürzten Häuser oder im Feuer ums Leben gekommen sind.

Löwenjagden in französischen Wäldern

Unter Führung des französischen Vertreters des Zirkus Hagenbed sind mehrere erfahrene Urwaldjäger ausgezogen, um in den Wäldern der französischen Provinz Gasconne eine Anzahl Löwen einzufangen, die während der furchtbaren Hochwasserkatastrophe in Südranreich von einer Tierchau in Moissac weggeschwemmt wurden. Besitzer einsam gelegener Höfe beklagten sich seit einiger Zeit, daß ihnen Tiere abhanden kämen, ohne daß sie wüßten, wohin sie verschwunden seien. Später wurden dann hier und da verblutete und halbverzehrte Tiere gefunden, und die Bewohner behaupteten steif und fest, in der Nacht aus den Wäldern unheimliches Gebrüll vernommen zu haben. Endlich erhielt man durch Spuren die Gewißheit, daß die Räuber — die Löwen aus der Tierchau von Moissac waren.

Ein Artistenleben = 170 Mark

Der Hungerlohn des zu Tode geschleiften Luftakrobaten Hundertmark

Das furchtbare Ende des Luftakrobaten Hundertmark, sein dreiviertelstündiger Todeskampf auf dem Düsseldorfser Flugplatz ist unseren Lesern noch in frischer Erinnerung.

Bereits damals hatten wir auf die unerhörte Ausbeutung profitgieriger Manager hingewiesen, die hungernde Artisten zu solchen und ähnlichen Wahnsinnstaten mißbrauchten, um die Sensationsgier einer zahlungsfähigen Menge zu befriedigen. Jetzt berichten rheinische Zeitungen über das Hungerdasein des verunglückten Artisten, der sein waghaffiges Handwerk, wie erinnerlich, als Handverletzte mit drei Fingerprothesen ausführen mußte.

Danaach war Hundertmark längere Zeit arbeitslos und vollkommen mittellos gewesen. In seiner verzweifeltsten wirtschaftlichen Lage mußte er wohl oder übel das Angebot verschiedener Flugtagveranstalter annehmen. Noch kurz bevor er zu seiner Todesfahrt aufstieg, äußerte er Bekannten gegenüber:

„Ich weiß nicht, ob ich es heute wagen soll.“

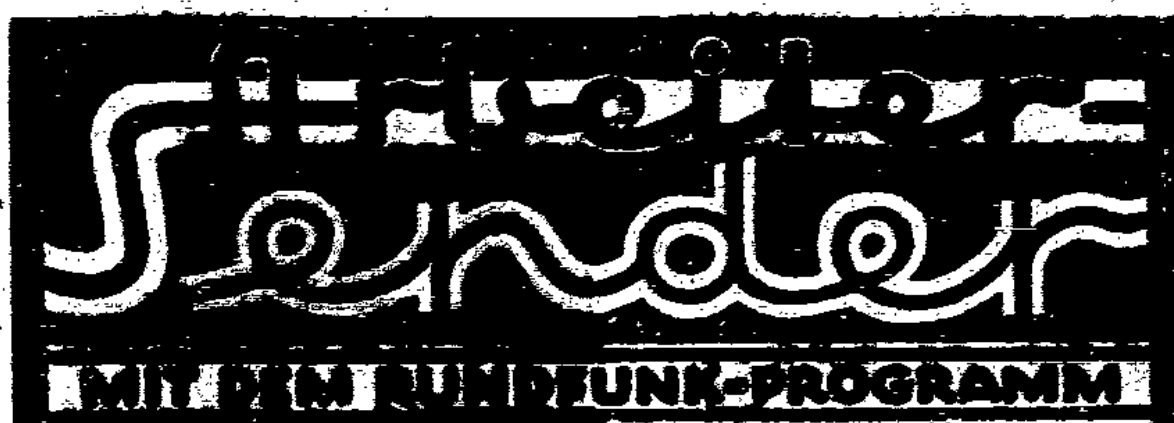
Worauf ihm der Bekannte abriet, an diesem Tage aufzustiegen. Doch was blieb dem Hungerigen übrig? Monatlang hatte er jeden Pfennig gespart, um zu Beginn der Sommerjason bis

waghaffigen Experimente ausführen zu können. Vollkommen unterernährt und daher auch sehr geschwächt, stieg er auf. Nur die Tatsache, daß in Berlin und anderen Orten andere Luft-Hungerkünstler dieselben Experimente machten, bewog Hundertmark, um nicht ins artistische Hintertreffen zu geraten, trotz seines Schwächeanfals das Experiment auszuführen. Mit Todesverachtung riskierte er, was ihm bisher keiner nachmachen konnte, den Umstieg in der Luft von einem Flugzeug zum andern. Das Ende dieser Fahrt ist bekannt.

Das Tollste an diesem Artistendrama aber ist die Tatsache, daß der Verunglückte, wäre sein Experiment gelungen, er für dieses Spiel mit dem Tode sage und schreibe lumpige 170 Mark

kontraktmäßig erhalten hätte. Da aber andererseits derartige Veranstaltungen nur alle paar Wochen stattfinden, kann man sich eine Vorstellung machen, mit welchen Bettelpennigen diese Todeskandidaten ihre Existenz fristen müssen. Die riesigen Gewinne, die diese Sklaven der Sensationsgier mit ihrem Leben erarbeiten, wandern in die unergründlichen Taschen gewissenloser Aktionäre. — So will es die gottgewollte kapitalistische Weltordnung. Wie lange noch?

1200 Gewinne! Das große Preisausschreiben!



Der „Arbeiter-Sender“ bringt diese Woche

- 5 Jahre Reichs-Rundfunkgesellschaft
- Kritische Programm-Vorschau:
- In der Potsdamer Straße nichts Neues
- Führer durch das Musikprogramm
- Island
- Kurt Neutwig: Die Grundlagen des Fernsehens
- Was ist eine Diskothek?
- Radio-Sünden / Nachrichten der freien Radiosender
- Unser Roman:
- Ludwig Turesek: Ein Prolet erbt

Noch einmal:
Das große Preisausschreiben

Bestellschein

Ich bitte um laufende Zustellung des

Arbeiter-Sender

durch die Botenfrau zum Preise von 25 Pf. pro Nummer.

Name und Adresse

Bestellungen an allen Botenfrauen d. Arbeiterzeitungen oder direkt beim Freien Zeitungsverlag Arthur Müller, Berlin N 54, Grenadierstr. 45. Reichsausgabe mit internationalem Rundfunkprogramm 25 Pf.

Unsere Leser schreiben:

Der Hauswirt Martin Schula aus Liegnitz besitzt hier in Breslau, Königgräber Straße 32, ein Haus, in dem 24 Parteien wohnen. Da dieser Herr sich noch nie in seinem Hause gesehen hat, waren die Mieter sehr 'erfreut', dessen Belanntschaft zu machen zu können...

Im Grundstück Fährstraße 8 ist u. a. eine Wohnung, in der die Bewohner dauernd Rauchergiftungen durch schadhafte Öfen ausgeht sind. Das Grundstück ist schon mehrere Jahre gesperrt, trotzdem befinden sich noch Mieter darin.

Wertwürdige Preise werden im Schillerpark in D. S. m. i. z. verlangt. Dort kostet z. B. eine Flasche Bier außer Haus 45 Pfg., und ein 1/2-Schoppen 35 Pfg.

Verhandlungen über die Neubaumieten

Das geschlossene Auftreten der Breslauer Neubaumieten hat bereits zu Teilerfolgen geführt. Vor einigen Tagen hat die Siedlungs-K. G. allen erwerbslosen Mietern mitgeteilt, daß sie nur die bisherige Miete zu zahlen haben.

Meldet Quartiere zum Bezirksparteitag

Für den in Breslau stattfindenden Bezirksparteitag Schlesiens der Kommunistischen Partei werden für die Nacht vom Sonntag, den 10. Mai, auf Sonntag, den 11. Mai, eine größere Anzahl Quartiere benötigt.

Alle Ortsgruppen

beiträge für den Monat April, die Sammelgeber von der Sammlung „Nun erst recht“ und die Mai-Kassen reiflos abrechnen spätestens auf dem Bezirksparteitag die Mitglieder.

Obleuteziehung

Kommenden Montag (nicht Sonnabend) um 18 Uhr findet im „Roten Löwen“, Kupferschmiedstraße, eine wichtige Obleuteziehung statt.

Alle erwerbslosen Parteigenossen

kommen am Freitag, 16. Mai, zu einer äußerst wichtigen Versammlung in das Lokal „Rotter Löwe“, Kupferschmiedstraße.

Ein Tag der Selbstmordversuche. Der 22-jährige Student Georg Sch., Hedwigstraße wohnhaft, versuchte gestern Selbstmord durch Erhängen zu verüben.

Wer war Augenzeuge? Vorgestern abend verbreitete sich an der Hindenburgbrücke das Gerücht, daß der Knabe Horst Jenke ins Wasser gefallen und ertrunken sei.

Sittlichkeitsverbrechen. Festgenommen wurde ein 34-jähriger Hofgärtner, weil er an seiner 15-jährigen Stieftochter ein Sittlichkeitsverbrechen verübt hatte.

„Landesjahrdunstag.“ Anlässlich des Landesjahrdunstages riefte die Polizei in Breslau 100 Personen, darunter 5 Frauen; 37 wurden ins Polizeigefängnis eingeliefert, von denen 6 — darunter 3 Frauen — dem Richter vorgeführt.

Kindesleiche gefunden. Im Haus für Frankfurter Str. 52 fand man die in Zeitungspapier eingewickelte Leiche eines neugeborenen Kindes.

Freidenkergesellen! Heute, Donnerstag, 20. Mai, findet im Reichsgerichtsgebäude, Oberstraße 23, eine wichtige Besprechung der oppositionellen Freidenker statt.

Am 30. Mai und 1. Juni marschieren in Breslau der „Stahlhelm“ zu seinem „Bundestag“ auf. Aus den kleinen Provinzorten, in denen der Junker herrscht, geht es jetzt in die großen Arbeiterstädte.

Stahlhelmaufmarsch in Breslau! Das heißt Verleumdung des Programms der Revolution, zusammengestellt im dem Schlagwort „Dank am Vaterlande“, worunter die Bereitwilligkeit verstanden wird, der Prostitution des Schlot- und Krutdampfes die elementarsten Lebensinteressen der wertvollen Bevölkerung zu opfern.

Zu dieser Woche jährte sich zum ersten Male der Tag des Botschafts des roten Frontlämpers. Diese Maßnahme durchgeführt von sozialdemokratischen Ministern, war der Ausdruck des Willens der Bourgeoisie, die Arbeiterpartei ihrer Widerorganisationen gegen den Faschismus zu berauben.

Parteilose, sozialdemokratische und Reichsbannerarbeiter, erkennt

Schlimme Zustände im Siechenhaus Trebnitzer Platz

Die Klagen über die Zustände im O. I. a. s. S. Siechenhaus am Trebnitzer Platz, über das wir bereits eine Zuschrift veröffentlichten, häufen sich. Besonders geklagt wird von den Insassen über die Qualität des Essens.

Heilsarmee macht Obdachlose arbeitsunfähig und schmeißt sie dann raus!

Wir erhalten folgende Zuschrift: Am 26. April wurde ich von der Heilsarmee auf Gelegenheitsarbeit zu Herrn Dr. jur. Rosenthal (Landgerichtsrat) geschickt. Bei der Arbeit kam ich zu Fall und habe mir einen Mittelhandbruch zugezogen.

Am selben Tage erhielt ich von Frau Dr. Rosenthal eine Bescheinigung, daß ich mir die Verletzung in ihrem Treppenhaus zugezogen hätte. Am Abend hat ich dem Heimleiter, da stationäre Behandlung im Krankenhaus nicht erforderlich sei, er möchte mich bis Montag morgen behalten, was er schließlich nach langem Warten, aber sehr unwillig, tat.

Fünf Brandstiftungen und — ein Freispruch

Mu. Vor dem Schörrichter stand gestern der 32-jährige Buchhalter Erich G. unter der Beschuldigung, in den Mittagsstunden des 30. Juni vorigen Jahres, eines Sonntages, an fünf verschiedenen Stellen der Innenstadt Feuer angelegt zu haben.

auf der Neue Gasse, der Gattungsgasse, der Alten Taschenstraße und der Weintraubenstraße gebrannt,

und die Feuerwehr war infolge der gleichen Beschaffenheit der Brandherde zur Ueberzeugung gelangt, daß die Brände von ein und derselben Hand angelegt sein mußten.

Der Angeklagte gab zu, außer dem Brand auf der Katharinenstraße auch das Feuer auf der Alten Taschenstraße gesehen zu haben, aber er sei rein zufällig dazugekommen.

Der Angeklagte wird auf Kosten der Staatskasse freigesprochen. Erwähnt sei noch, daß sich der Verteidiger, Justizrat Wamrotz, sehr energisch gegen die verwerfliche Praxis eines hiesigen Blattes wandte, das den Angeklagten bereits in einer Vorbesprechung vor 14 Tagen mit aller Bestimmtheit zum Täter gestempelt hatte.

Wesentliche Eisenbahnveränderung!

Freitag 20 Uhr im Zentralballsaal Westendstraße 50. Fritz Jendrosch, Mitglied d. Hauptbetriebsrates der Reichsbahn spricht über: Massenentlassungen und Betriebsratswahlen. Eisenbahner kommt zahlreich!

den Geist der Einigkeit! Nicht auch mit den Kommunisten, mit denen ihr dieselben Klasseninteressen habt, ein in die rote Klassenfront, in die kommunistische Partei, die am 10. und 11. Mai in Breslau ihren Bezirksparteitag abhält, auf dem sie die Massen zum weiteren Kampf gegen die Feinde des Proletariats sammeln wird.

Beteiligt euch an der antifaschistischen Rundgebung am Sonntag, 11. Mai, 11,30 Uhr, im Westpark!

Antreten 10,30 Uhr an folgenden Sammelplätzen: Nord: Weihenburger Platz. — Nord-Ost: Bauerschulplatz. — Ost: Brodauer Platz. — West: Stiepgauer Platz. — Zentrum: Neumarkt. — Süd: Luisenplatz (Zirkus Busch).

nur, am dritten Tage, durch einen Zufall von dem Tode ihres Bruders. Ein solches Verhalten ist standlos, wie überhaupt auch noch einige andere Dinge zu öffentlicher Kritik herausfordern.

Wir verlangen, daß die Verhältnisse im Siechenhaus Trebnitzer Platz sofort nachgeprüft und die Uebelstände abgestellt werden. Wir werden im Interesse der wehrlosen alten Leute, die niemanden haben, der für sie eintritt, darauf achten, daß unserer Forderung nachgekommen wird.

aus dem hervorgeht, daß ich durch die dort „gegebenen Verhältnisse“ nicht bleiben konnte.

Nach einigen Tagen hat ich auf dem Büro des Männerheims um eine Bescheinigung, aus der hervorgeht, daß ich bei der Heilsarmee beschäftigt war und mir im Dienst derselben die Verletzung zugezogen habe.

Eine Bescheinigung beläme ich nicht. Auf Drängen der Polizei erhielt ich schließlich eine Bescheinigung, die aber zu der ersteren direkt im Widerspruch steht, indem sie die Behauptung enthält, meine Entlassung wäre auf eigenen Wunsch geschehen.

Man kann hierzu nur sagen: Feine Methoden, armen Menschen „Heil“ widerfahren zu lassen! Kein Privatbesitzer kann schlimmer handeln als diese „Christen“.

über, die G. in der Nähe des Brandortes gesehen haben wollten. Als sehr „belastend“ wurde angesehen, daß der Angeklagte großes Interesse an Feuerwehrlingen gezeigt habe.

Die Beweisaufnahme, zu der 18 Zeugen sowie ein medizinischer Sachverständiger geladen waren, brachte kein Licht in die rechtlich verworrene Sache. Man sah auch kein Motiv dafür, was den in gesünder Stellung befindlichen Angeklagten bewegen haben konnte, zum fünffachen Brandstifter zu werden, noch dazu am helllichten Tage, wo die Gefahr einer Entdeckung besonders groß war.

Der Angeklagte wird auf Kosten der Staatskasse freigesprochen. Erwähnt sei noch, daß sich der Verteidiger, Justizrat Wamrotz, sehr energisch gegen die verwerfliche Praxis eines hiesigen Blattes wandte, das den Angeklagten bereits in einer Vorbesprechung vor 14 Tagen mit aller Bestimmtheit zum Täter gestempelt hatte.

Sie kennen mich doch! In jedem Ort Deutschlands bin ich seit 30 Jahren aufs beste bekannt. Jede Woche wird mir ein Viertelstündchen gewidmet. Dann helfe ich Millionen Frauen bei ihrer Haarpflege. Schwarzkopf Schaumpon 20s („Extra“ mit Haarglanz-Pulver 30 Pfg.)

Waldenburger Bergland

Moloch Kapitalismus fordert seine Opfer

19. April in der „Bergwacht“ aufgeföhrt, nicht in die Versammlung zu kommen, aber es hatten sich doch ein paar Gröhren vom Reichsbund und Zentralverband eingefunden. Ihre Mitglieder haben sie ferngelassen, damit sie nicht die Wahrheit über ihre Organisation hören. Einer von diesen „Herren“ erhielt auch das Wort. Als ein 60-jähriges Mitglied vom ZB. meldete, daß seine Frau 18 Monate die Papiere in der reformistischen Organisation liegen gelassen hatte und es wäre nichts gemacht worden, er daraufhin in den Internationalen Bund übergetreten wäre und seine Frau innerhalb zehn Wochen ihre Rente erhalten und für 18 Monate Nachzahlung bekommen hätte — da waren die „Herren“ ganz leise geworden. Die Genossen Seiden und Hühlerich und noch einige Genossen leuchteten den reformistischen Wenzeln hohle. Den Artikel der „Bergwacht“ vom 6. Mai erklärten wir hiermit von Anfang bis zu Ende für schwindel. Die Vertrauensleute der Ortsgruppe Ströbel, Josten des ZB. der Opfer des Krieges und der Arbeit fordert alle auf, die „Bergwacht“ hinauszumerfen und die „Arbeiter-Zeitung“ zu bestellen.

Bolkenhain

Das ist etwas anderes.

Aus Hohenstiebersberg wird uns von einem Arbeiter geschrieben: Der Gutsbesitzer Sabat aus Simsdorf kam mit dem Arbeiter J. L. ins Gespräch und äußerte, die Erwerbslosen dürften überhaupt keine Unterstützung erhalten. Darauf erwiderte der Arbeiter: „Da werden die Erwerbslosen eben sehen müssen, wo sie bleiben.“ Sabat faßte diese Erwidrerung als Drohung auf und antwortete: „Na, wir haben ein Maschinengewehr, sie sollen bloß kommen.“ Die Angelegenheit wurde dem Landjäger Breuer gemeldet, doch dieser hielt es nicht für notwendig, etwas zu unternehmen. Seine

Der Herr Sozialdemokrat Wischmann

19. April in der „Bergwacht“ aufgeföhrt, nicht in die Versammlung zu kommen, aber es hatten sich doch ein paar Gröhren vom Reichsbund und Zentralverband eingefunden. Ihre Mitglieder haben sie ferngelassen, damit sie nicht die Wahrheit über ihre Organisation hören. Einer von diesen „Herren“ erhielt auch das Wort. Als ein 60-jähriges Mitglied vom ZB. meldete, daß seine Frau 18 Monate die Papiere in der reformistischen Organisation liegen gelassen hatte und es wäre nichts gemacht worden, er daraufhin in den Internationalen Bund übergetreten wäre und seine Frau innerhalb zehn Wochen ihre Rente erhalten und für 18 Monate Nachzahlung bekommen hätte — da waren die „Herren“ ganz leise geworden. Die Genossen Seiden und Hühlerich und noch einige Genossen leuchteten den reformistischen Wenzeln hohle. Den Artikel der „Bergwacht“ vom 6. Mai erklärten wir hiermit von Anfang bis zu Ende für schwindel. Die Vertrauensleute der Ortsgruppe Ströbel, Josten des ZB. der Opfer des Krieges und der Arbeit fordert alle auf, die „Bergwacht“ hinauszumerfen und die „Arbeiter-Zeitung“ zu bestellen.

Straßenbahn fährt ins Postauto

19. April in der „Bergwacht“ aufgeföhrt, nicht in die Versammlung zu kommen, aber es hatten sich doch ein paar Gröhren vom Reichsbund und Zentralverband eingefunden. Ihre Mitglieder haben sie ferngelassen, damit sie nicht die Wahrheit über ihre Organisation hören. Einer von diesen „Herren“ erhielt auch das Wort. Als ein 60-jähriges Mitglied vom ZB. meldete, daß seine Frau 18 Monate die Papiere in der reformistischen Organisation liegen gelassen hatte und es wäre nichts gemacht worden, er daraufhin in den Internationalen Bund übergetreten wäre und seine Frau innerhalb zehn Wochen ihre Rente erhalten und für 18 Monate Nachzahlung bekommen hätte — da waren die „Herren“ ganz leise geworden. Die Genossen Seiden und Hühlerich und noch einige Genossen leuchteten den reformistischen Wenzeln hohle. Den Artikel der „Bergwacht“ vom 6. Mai erklärten wir hiermit von Anfang bis zu Ende für schwindel. Die Vertrauensleute der Ortsgruppe Ströbel, Josten des ZB. der Opfer des Krieges und der Arbeit fordert alle auf, die „Bergwacht“ hinauszumerfen und die „Arbeiter-Zeitung“ zu bestellen.

19. April in der „Bergwacht“ aufgeföhrt, nicht in die Versammlung zu kommen, aber es hatten sich doch ein paar Gröhren vom Reichsbund und Zentralverband eingefunden. Ihre Mitglieder haben sie ferngelassen, damit sie nicht die Wahrheit über ihre Organisation hören. Einer von diesen „Herren“ erhielt auch das Wort. Als ein 60-jähriges Mitglied vom ZB. meldete, daß seine Frau 18 Monate die Papiere in der reformistischen Organisation liegen gelassen hatte und es wäre nichts gemacht worden, er daraufhin in den Internationalen Bund übergetreten wäre und seine Frau innerhalb zehn Wochen ihre Rente erhalten und für 18 Monate Nachzahlung bekommen hätte — da waren die „Herren“ ganz leise geworden. Die Genossen Seiden und Hühlerich und noch einige Genossen leuchteten den reformistischen Wenzeln hohle. Den Artikel der „Bergwacht“ vom 6. Mai erklärten wir hiermit von Anfang bis zu Ende für schwindel. Die Vertrauensleute der Ortsgruppe Ströbel, Josten des ZB. der Opfer des Krieges und der Arbeit fordert alle auf, die „Bergwacht“ hinauszumerfen und die „Arbeiter-Zeitung“ zu bestellen.

19. April in der „Bergwacht“ aufgeföhrt, nicht in die Versammlung zu kommen, aber es hatten sich doch ein paar Gröhren vom Reichsbund und Zentralverband eingefunden. Ihre Mitglieder haben sie ferngelassen, damit sie nicht die Wahrheit über ihre Organisation hören. Einer von diesen „Herren“ erhielt auch das Wort. Als ein 60-jähriges Mitglied vom ZB. meldete, daß seine Frau 18 Monate die Papiere in der reformistischen Organisation liegen gelassen hatte und es wäre nichts gemacht worden, er daraufhin in den Internationalen Bund übergetreten wäre und seine Frau innerhalb zehn Wochen ihre Rente erhalten und für 18 Monate Nachzahlung bekommen hätte — da waren die „Herren“ ganz leise geworden. Die Genossen Seiden und Hühlerich und noch einige Genossen leuchteten den reformistischen Wenzeln hohle. Den Artikel der „Bergwacht“ vom 6. Mai erklärten wir hiermit von Anfang bis zu Ende für schwindel. Die Vertrauensleute der Ortsgruppe Ströbel, Josten des ZB. der Opfer des Krieges und der Arbeit fordert alle auf, die „Bergwacht“ hinauszumerfen und die „Arbeiter-Zeitung“ zu bestellen.

Königszell

Werktätige heraus!

Freitag, den 9. Mai 1930, öffentliche Volksversammlung im Gasthaus „Kreuzliche Krone“. Referent: Reichstagsabgeordneter Genosse Gesche. Er spricht über das Thema: „Wer trägt die Lasten des Young-Plans?“

Schweidnitz

Kann man von fünf Mark Wochenlohn leben?

19. April in der „Bergwacht“ aufgeföhrt, nicht in die Versammlung zu kommen, aber es hatten sich doch ein paar Gröhren vom Reichsbund und Zentralverband eingefunden. Ihre Mitglieder haben sie ferngelassen, damit sie nicht die Wahrheit über ihre Organisation hören. Einer von diesen „Herren“ erhielt auch das Wort. Als ein 60-jähriges Mitglied vom ZB. meldete, daß seine Frau 18 Monate die Papiere in der reformistischen Organisation liegen gelassen hatte und es wäre nichts gemacht worden, er daraufhin in den Internationalen Bund übergetreten wäre und seine Frau innerhalb zehn Wochen ihre Rente erhalten und für 18 Monate Nachzahlung bekommen hätte — da waren die „Herren“ ganz leise geworden. Die Genossen Seiden und Hühlerich und noch einige Genossen leuchteten den reformistischen Wenzeln hohle. Den Artikel der „Bergwacht“ vom 6. Mai erklärten wir hiermit von Anfang bis zu Ende für schwindel. Die Vertrauensleute der Ortsgruppe Ströbel, Josten des ZB. der Opfer des Krieges und der Arbeit fordert alle auf, die „Bergwacht“ hinauszumerfen und die „Arbeiter-Zeitung“ zu bestellen.

Genosse Weiß freigesprochen

Das Schöffengericht verhandelte gegen den Genossen Richard Weiß, dem Körperverletzung, begangen am Schlaghelmtag im vergangenen Jahre, vorgeworfen wurde. Als Belastungszeugen traten die bekannten Berufszeugen Kollie, Geißler und Unglaube auf, die alles „gesehen“ haben. Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von vierzehn Tagen. Der Gerichtshof stellte das Verfahren ein, da in der Beweisaufnahme nicht erwiesen werden konnte, daß Genosse Weiß an dem Angriff beteiligt gewesen ist.

Ströbel. Der Internationale Bund marschiert. Am vergangenen Sonntag fand eine gutbesuchte öffentliche Mitgliederversammlung des Internationalen Bundes der Kriegs- und Arbeitsopfer statt. Der Reichsbund und Zentralverband hat schon am

Görlitz

Weitere schwere Einbrüche aufgeföhrt! Mittwoch früh um 1/2 2 Uhr wurden auf dem Görlitzer Bahnhof die 18 und 20 Jahre alten Brüder Erwin und Wilhelm Kaupach aus Liegnitz, Bahnhauer Straße 50, verhaftet. Sie haben u. a. in Liegnitz zahlreiche schwere Einbrüche verübt bzw. versucht. Während Wilhelm Kaupach bereits seit einiger Zeit flüchtig war, floh sein Bruder Erwin, als ihm nach einem Einbruch und einem Einbruchversuch der Boden zu heiß wurde. Bei den Verhafteten fand man zwei Koffer, die u. a. zahlreiche wertvolle Fotoapparate enthielten, die im Photohaus Feige in Liegnitz bei einem Einbruch gewandt wurden. Ferner fand man bei ihnen aus Einbrüchen stammende Zigaretten und drei goldene Uhren.

Lauban

Wegen Liebestummer in den Tod. In Pfaffendorf verübt der 18-jährige Wirtschaftsgeselle B. Selbstmord. Als Motiv wird Liebestummer angenommen, da ihm sein Vater den Verkehr mit einem jungen Mädchen verboten hatte.

Neusalz

Schwerer Unfall. Eine Linden- und Bahnhofstraße stieß der Polizeibeamte Hein auf seinem Motorrad mit einem Automobil zusammen. Er mußte mit einem schweren Schädelbruch und einer Gehirnerschütterung ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Beuthen a. d. O.

Militärische Übungen des Kniffhäuserbundes

In der Nacht von Sonnabend zu Sonntag hielt die Jugendgruppe des „Kniffhäuserbundes“ zwischen Glogau und Herzdorf eine Nachübung ab, und zwar ganz nach militärischem Muster, wo auch Leuchtkugeln verwendet

Riesendemonstration in Glogau

Wir bringen den Bericht trotz seiner Verspätung, da unsere Glogauer Genossen mit der vorliegenden Nummer ihre Werbelampagne fortsetzen. Wir möchten aber bemerken, daß, abgesehen von dieser Ausnahme, es nicht mehr möglich ist, Berichte über den 1. Mai zu veröffentlichen.

Nachdem die Sozialdemokraten hin- und hergeschwankt und noch acht Tage vor dem 1. Mai nicht wußten, was sie unternehmen sollten, rüsteten die Kommunisten bereits unter politischen Losungen zum Kampftag. Bei den Reformisten marschierten trotz ihres Apparates — Betriebsräte, Gewerkschaftssekretäre und Funktionäre in allen Organisationen — und trotz Kapelle nur 150 bis 200 Proletarier mit Kindern und Kinderwagen ins „Grüne“. Obwohl die Sozialdemokraten in Versammlungen die Besucher nur mit „Herren“ und „Damen“ ansprechen, befehlten sie sich im letzten Moment und gaben in der bürgerlichen Presse ein Inserat auf mit dem Titel „Arbeitschweffern und Arbeitbrüder“ — zum „Spaziergang“ usw. Wir bedauern die Proletarier, die ins Grüne gingen und unterwegs liegegellieben sind, da der leere Magen keinen Boden vertragen kann.

Die kommunistische Partei sammelte ihre Anhänger auf dem Dominikanerplatz. Fast 300 bis 350 demonstrieren bereits früh mit Gefang durch die Stadt. Außer der Spitze marschierte die Jugend, dann die Frauen mit dem Transparent: „Gibt unseren Männern Arbeit! Unsere Kinder hungern!“ Außerdem wurden noch mehrere andere Transparente mitgeführt. Nachmittags sammelten sich die Arbeiter auf dem Dominikanerplatz zur Massensammlung, die auf dem Franziskanerplatz stattfand. Dort sprach Genosse Landtagsabgeordneter Tuntel, Gindenburg. An der anschließenden Demonstration nahmen fast 2000 Werktätige teil. Sie endete am Dominikanerplatz, wo die Teilnehmerzahl nach ge-

Waldenburger Bergland

Waldenburger Bergland

Waldenburger Bergland

Siriegau

Sozialdemokratische Arbeiter erwachen

Waldenburger Bergland

Landeshut

Waldenburger Bergland

Niederschlesien

Waldenburger Bergland

Grünberg

Waldenburger Bergland

Waldenburger Bergland

Liegnitz

Die große Wohnungsnot

Waldenburger Bergland

Nur 4 Pfennig kostet



MAGGI Fleischbrühwürfel

Zur Ersatzung von 1/4 Liter vorzüglicher Fleischbrühe.

Revolutionäre Streitwelle in Spanien

Brief aus Madrid

Der nachfolgende Artikel, der die Entwicklung der Arbeiterbewegung in Spanien aufzeigt, wurde noch vor den letzten Ereignissen in Madrid geschrieben. Seine Aktualität hat jedoch durch diese Zustände seine Einbuße erlitten.

Immer deutlicher zeigt es sich, daß die Regierung Berenguer nicht in der Lage ist, die tiefe wirtschaftliche Krise Spaniens zu beheben. Die Lage in der Industrie und der Landwirtschaft verschärft sich immer mehr. Die Zahl der Arbeitslosen steigt von Tag zu Tag, und die Lebenslage der Erwerbstätigen in Stadt und Land sinkt immer mehr. Die Regierung versucht durch verschärften Terror, insbesondere gegen die revolutionären Organisationen des Proletariats, der Lage Herr zu werden.

Obwohl die R.F. in strengster Illegalität arbeitet, ihre Presse verboten ist, sammeln sich die Arbeiter unter der Führung der R.F., der revolutionären Gewerkschaften, die den Kampf gegen die Diktatur Berenguers führt, unter der zentralen Losung: **Nieder mit der Monarchie! Nieder mit der faschistischen Diktatur! Her die Arbeiter- und Bauernregierung!**

Die Arbeiterschaft Spaniens antwortet auf die politische und wirtschaftliche Unterdrückung mit teilweise spontan ausbrechenden Streikämpfen und revolutionären Demonstrationen. Es zeigt sich bei diesen Kämpfen, daß die kommunistische Partei die einzige Kraft ist, die in Gemeinschaft mit den revolutionären Gewerkschaften erfolgreich die Kämpfe des Proletariats organisieren kann. Reformisten und Monarchisten stehen als offene Streikbrecher in der Front der Klassengegner.

In Sevilla traten 4000 Hafenarbeiter unter Führung des revolutionären Transportarbeiterverbandes (die Leitung ist mit Kommunisten besetzt) in den Streik. Alle Versuche der Reformisten und Anarchisten, den Kampf zu unterbinden, scheiterten an dem einheitlichen Willen der Arbeiter, welche die Wiederherstellung des Tarifs vor 1923 forderten. Trotz Verbots demonstrierten die Streikenden in den Straßen Sevillas. Die Regierung schritt zur Verhaftung einiger revolutionärer Führer und bekannter Kommunisten.

Die gesamte Arbeiterschaft antwortete auf diese Provokation mit einer mächtigen Massendemonstration und der Forderung der sofortigen Freilassung der Inhaftierten, widrigenfalls der Generalstreik erklärt würde. Vor der entschlossenen Haltung der Arbeiterschaft wichen die Regierung und die Unternehmer zurück. Alle Forderungen der Arbeiter wurden bewilligt, und die Gefangenen in Freiheit gesetzt.

Das Ansehen der R.F., die in diesem Kampf die sichtbare Führerin war, ist gewaltig gestiegen. Die gesamte bürgerlich-reformistische Presseartikelschweigt die Vorgänge in Sevilla tot.

In Renteria traten 1000 Papierarbeiter in den Streik. Diese Arbeiter mußten bisher 10 Stunden bei erbärmlichen Löhnen schuften. Die Propaganda der Kommunisten hatte eine einheitliche Front der Arbeiter des Betriebes, die sich ein „Comité de lucha“ (Kampfkomitee) bildeten, zur Folge. Die Unternehmer lehnten die Forderung der Belegschaft, Achtstundentag und Lohnerhöhung, ab. Die Belegschaft antwortete mit dem Streik, der geschlossen durchgeführt wurde. Die Entschlossenheit der Arbeiterschaft hatte zur Folge, daß alle Forderungen der Belegschaft bewilligt wurden.

Überall brachen kleinere oder größere Streiks aus, und überall zeigte es sich, daß dort, wo die Union General de Trabajo (Reformisten) noch Einfluß besitzen, die Kämpfe der Arbeiterschaft nicht nur Niederlagen nach sich ziehen, sondern offener Streikbruch auf der Tagesordnung ist.

So wird aus Buno1 gemeldet, daß bei einem Streik der Zementarbeiter die reformistischen Gewerkschaften auf Verlangen der Unternehmer etwa 200 Streikbrecher stellten, so daß der Streik verloren ging.

So ist die Aufgabe der Kommunisten, die Wiederherstellung der C. N. T. (Confederacion Nacional de Trabajo = Nationaler Arbeiterkongress), also die Schaffung einer einheitlichen revolutionären Gewerkschaft für Spanien so schnell wie möglich zu verwirklichen. Die letzten Kämpfe trugen starken politischen Charakter; überall wurden neben den ökonomischen Forderungen die politischen Parolen der R.F. Spaniens mit in den Vordergrund gestellt. Während die Reformisten in ihrer Hochburg, in Madrid, beschloßen hatten, am 1. Mai auf öffentliche Kundgebungen zu verzichten, fanden in ganz Spanien unter dem Banner der R.F. Spaniens am 1. Mai große revolutionäre Massendemonstrationen statt.

Ganz Spanien in Gärung

Straßenkämpfe in Barcelona und Valencia — Allgemeines Versammlungsverbot

Madrid, 7. Mai. Die Bewegung gegen die Diktatur in Spanien hat sich auf die Provinz ausgedehnt. In Barcelona, wo Arbeiter und Studenten eine wuchtige Demonstration durchführten, kam es zu heftigen Zusammenstößen. Die Polizei wurde mit einem Hagel von Pflastersteinen und Dachziegeln zurückgetrieben. Auch in Valencia fanden schwere Straßenkämpfe statt.

Nachdem auch in Salamanca und Valencia die

Studenten in den Proteststreik eingetreten sind, hat die Regierung die Schließung sämtlicher Universitäten bis zum Beginn des Herbstsemesters angeordnet. In ganz Spanien herrscht Demonstrations- und Versammlungsverbot. Die Regierung hat die Anwendung energischer Maßnahmen gegen alle „Außerordnungen“ angekündigt. Vorläufig war die Polizei den Massenkundgebungen gegenüber jedoch vollkommen machtlos.

Blutige Zusammenstöße in St. Pölten

Sozialdemokratische Arbeiter rebellieren gegen die sozialfaschistischen Führer

Wien, 7. Mai. In St. Pölten ereignen sich seit Sonntag fortgesetzte Zusammenstöße zwischen Arbeitern und Faschisten. Die in den Glanzstoffwerken beschäftigten Heimwehler wurden von Arbeitern aus dem Betrieb vertrieben. Als die Polizei einige jugendliche Arbeiter vor dem Fabrikgebäude

verhaften wollte, wurde sie mit einem Steinhagel zurückgetrieben. Einige Polizisten wurden verletzt. Auf den Straßen kam es zu wuchtigen antifaschistischen Demonstrationen. Provokierende Faschisten wurden von den Omnibussen heruntergeholt und verprügelt. Die durch 100 Gendarmen verstärkte städtische Polizei ist machtlos. Augenblicklich ist Militär in Umarsch.

Diese Vorgänge gehen zurück auf die Demonstrationen am Sonntag, über die erst jetzt genauere Nachrichten vorliegen. Am Sonntag veranstalteten die faschistischen Heimwehler in Stärke von 10 000 Mann einen Aufmarsch in St. Pölten. Die Führung des sozialdemokratischen Schulbundes hatte dem Drängen der Arbeiteropposition folgend Gegenkundgebungen ansetzen müssen. Auf Kraftwagen und in Sonderzügen waren etwa 15 000 sozialdemokratische Arbeiter in St. Pölten eingetroffen.

Die sozialdemokratischen Führer hatten mit den Behörden genaue Abmachungen über die Protestkundgebungen getroffen. Danach sollten während des Faschistenaufmarsches die Schulbündler sich auf den Straßen nicht zeigen lassen. Als einige Arbeiter, empört über die Zumutung ihrer vorräterischen Führung, sich in Mauerlöcher zu verfrachten, während die Faschisten sich in den Straßen des Arbeiterortes breit machten, diese Abmachungen nicht einhielten, wurden die Gegenkundgebungen sofort verboten.

Die sozialfaschistischen Führer atmeten erleichtert auf und ließen die 15 000 Arbeiter des Schulbundes unter militärischer Bedeckung außerhalb der Stadt internieren, bis die Faschisten aus der Stadt abmarschiert waren. Am späten Abend wurden die Arbeiter, ohne ihre Gegenkundgebungen durchgeführt zu haben, von Militär nach Wien zurückgebracht.

Die ungeheure Erbitterung und Erregung der St. Pöltener Arbeiterschaft macht sich jetzt in spontanen Kundgebungen Luft

4 Wochen Wollarbeiterkampf in England

Die Rote Gewerkschafts-Internationale ruft zur Solidarität

Das Europäische Sekretariat der Roten Gewerkschaftsinternationale erläßt einen Aufruf an die internationale Arbeiterschaft, dem wir folgende Stellen entnehmen:

Die Arbeiter der Wollindustrie Großbritanniens stehen seit dem 13. April im Kampf gegen den Angriff der Unternehmer. Sie haben gegen sich die Einheitsfront der Unternehmer, der „Arbeiterregierung“ und der Gewerkschaftsbürokraten.

Die Gewerkschaftsbürokraten führen fieberhaft mit Unterstützung der Regierungsvertreter Verhandlungen mit den Unternehmern und bereiten den Abbruch des Kampfes auf der Basis einer Lohnherabsetzung vor. Die Widerheitsbewegung stellte die Forderung des unverfälschten Streikampfes gegen jegliche Lohnherabsetzung auf.

Die grundsätzliche Bedeutung des Kampfes der englischen Wollarbeiter besteht darin, daß hier der erste Versuch eines großen Trupps des englischen Proletariats unternommen wird, den Streikkampf ohne die Reformisten und gegen ihren Willen mit eigenen Kräften zu organisieren.

Die kämpfenden englischen Wollarbeiter brauchen die aktive Unterstützung des ganzen internationalen Proletariats, besonders des europäischen.

Neht Solidarität mit den Streikenden und mit ihren revolutionären führenden Organen! Sammelt für die Streikenden und geht möglichst breite Arbeiterfronten in diese Aktion hinein. Organisiert diese Unterstützung in den Betrieben, in den Gewerkschaften, in den Arbeiterversammlungen, in den proletarischen Wohnvierteln, überall dort, wo ein Ruf zur Arbeiterolidarität Widerhall finden kann.

Es leben die streikenden englischen Wollarbeiter und ihr Kampf!

Es lebe die revolutionäre Führung dieses Kampfes, die Kampfkomitees und die Widerheitsbewegung!

Nieder mit den sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokraten, den Verbündeten der Unternehmer!



Copyright by Kala-Verlag, Wien-Vierth.

XVIII.

45. Fortsetzung

Von sechzig Mann aus unserem Kursus fuhr die Hälfte zurück ohne Deden, ohne Mäntel, ohne Schnürschuhe. Sie melden, daß ihnen die Sachen gestohlen sind. Einige haben sich eine Geschlechtskrankheit zugelegt für einen Teil des Geldes, das die Sachen einbrachten. Die Drohung mit Strafe zieht nicht mehr. Sie kalkulieren schon genau so wie Gustav: von heute auf morgen.

Man spricht auch viel von Liebnecht und seiner Rede. „Der Mann ist irrsinnig, komplett irrsinnig“, sagt Unteroffizier Fingerhut, „daß sie den nicht wegringen, ein Skandal ist das.“

„Wieso irrsinnig“, frage ich. Wir liegen in einem Unterstand mit Fingerhut zusammen. Es ist schon dunkel, das Licht ausgelöscht, wir müssen sparen.

„Da fragen Sie noch? Haben Sie nicht gehört, was der Mensch für einen Quatsch verappt?“

„Nicht gehört, aber gelesen! Haben Sie gelesen, Herr Unteroffizier?“

„So einen Dred zu lesen, mühte mir einsfallen. Damit wische ich mir noch nicht einmal den Hintertzen.“ Herr Fingerhut ist von der Durchschlagskraft seines letzten „Arguments“ so überzeugt, daß er jede weitere Entgegnung für überflüssig hält und wirft sich geräuschvoll auf die andere Seite.

Roggenbrot erscheint in der Tür. „Schon so früh im Bett? Ich dachte, wir könnten einen kleinen Stat machen.“

„Haben Sie Licht?“ fragt der „Einjährige“ Bohne.

„Werde welches besorgen!“

Ich überlege, wie ich unserm Unteroffizier bekomme und sage: „Ich glaube, daß die Behauptung, daß Liebnecht irrsinnig ist, nicht genügt. Man muß den Soldaten den Irfsinn

nachweisen, sonst gerät man in den Verdacht, etwas zu behaupten, wofür der Beweis fehlt.“

„Diskutieren Sie, mit wem Sie wollen, aber nicht mit mir und nicht in meiner Gegenwart!“

„Stören wir?“ Roggenbrot kommt wieder und hört, daß man irgendetwas nicht in irgendwelcher Gegenwart tun dürfe.

„Nein“, sagt Fingerhut einladend. „Beholdt möchte wieder einen Vortrag halten. Er möchte uns zu Liebnecht beschreiben. Er denkt, er hat Kinder vor sich.“

„Ach so! — Na, das mein' ich auch, wir sind doch alles Männer, die wissen, was sie wollen!“ Roggenbrot sagt das mit einem ironischen Unterton und macht Licht.

Mau, ein etwas schwerfälliger Medlenburger, der jedoch aus seiner „Schwerfälligkeit“ schon manchen Vorteil zog, meldet sich: „Etwas Nichtiges hat Liebnecht bestimmt gesagt. Die machen Krieg noch und noch, wenn nicht einer einmal dazwischenfährt. Und vor allen Dingen: Der Mann hat Mut und imponiert mir. Was uns der Kriegsbericht erzählt, daran glaubt ja schon kein Mensch mehr.“

„Wir werden vorschlagen, daß Sie nächstens die Kriegsberichte schreiben, Mau“, meint Fingerhut.

„Halten Sie die Kriegsberichte für Wahrheit, Herr Unteroffizier?“

„Wie können Sie bloß so dumm fragen, Sie Schelmer...“ Weiter kommt Fingerhut nicht. Ein bröhnendes Gelächter schallt aus allen Betten. Selbst Roggenbrot lacht mit, aber er lacht natürlich nur, weil wir alle so „grundlos“ lachen. Unteroffizier Fingerhut ist entrüstet über unser „albernes Gelächter“ und schreit: „Am vielen Lachen erkennt man die Karten!“ Mau ist überrascht von seinem Erfolg und antwortet. „Dann hat ja Liebnecht hier eine ganze Masse Anhänger, Herr Unteroffizier.“

„Sie sind ein kompletter Idiot“, ruft Fingerhut, durch die neue Aufsalbe aufs höchste gereizt.

Er steht auf und geht fort.

Als er kaum von der Tür weg ist, fällt Mau in ein neues Gelächter.

Gefetzter Bohne wird zornig. „Dach' doch nicht so dumm, du fällst einem wirklich auf die Nerven!“

Er macht, als Mau weiterlacht, mit dem Finger drei Kreuze in der Luft.

Es ist bekannt, daß Mau Mühe hat, seinen Namen leserlich hinzumalen. Mau sieht das und wird bloß vor Wut. Der Landproletarier ist an seiner empfindlichsten Stelle getroffen.

„Weißt du auch, Bohne, daß ein Mensch, dessen Vater einen Sad voll Geld hat, trotz aller Weisheit, die man ihm eintrichterte und die er kritiklos und papageienhaft nachplappert, ein ausgemachter Dummkopf sein kann?“

„Wie meinst du das, Beholdt?“

„Nun, ein Rittergutsbesitzer hat einen Sohn, den der Vater mit viel Geld und allen Hilfsmitteln dazu bringt, daß er glücklich das „Einsjährige“ macht. Der Rittergutsbesitzer hat auch einen Tagelöhner, den er so schlecht bezahlt, daß dieser seine, vielleicht sehr intelligenten Jungen, so zur Arbeit antreiben muß, daß sie noch einmal die Volksschule regelmäßig besuchen, oder schlecht lernen, weil sie zu müde sind. Findest du nicht auch, daß die eingepöpelte Schulweisheit des reichen Söhnchens kein Maßstab sein kann für dessen Intelligenz? Oder, daß es eine Frechheit ist, sich mit der „Bildung“ zu brüsten, die man sich auf Kosten der Proletarierkinder errafft? Vielleicht siehst du daran, daß moderne „Bildung“, Freiheit und die unglücklichste Dummheit sehr gut zusammen harmonieren können?“

„Reid der besitzlosen Klasse“, sagt Bohne, und haut die Karten auf den Tisch. Unteroffizier Koch, der „dritte“ Mann, schreit: „Haltet endlich die Schnauze mit eurem Quatsch.“ Er hat ein Spiel verloren.

Ich fühle mich aber zu einer Antwort auf Bohnes letzte Bemerkung verpflichtet und sage: „Das ist allerdings eine eigenartige Moral: Der Dieb sagt zu dem Bestohlenen: ‚Sei nicht so neidisch auf meinen Besitz, das ist häßlich!‘“

„Ich verbitte mir diese fortgesetzten Belehdigungen, sonst! — — —“ Bohne machte eine unmißverständliche Geste, daß er sich beim Hauptling beschweren werde.

„Die Sache ist doch ganz harmlos, Bohne, Beholdt hat doch nur ganz allgemein gesprochen. Was ziehen Sie sich die Jacke gleich an.“ Roggenbrot verzieht dabei keine Miene.

„Du bist also der Meinung, Bohne, daß der Dieb der Ehrenmann ist, und daß es ganz in Ordnung ist, die Bestohlenen zu bestrafen, die dieses „Recht“ anzweifeln?“

„Aber Beholdt! Ich bitte Sie!“ Roggenbrot lacht zornig die Karten auf den Tisch, als wolle er fortfahren: „Sei doch vernünftig, Mensch, bringst mich ja in eine unmögliche Lage!“ Unteroffizier Koch — seines Zeichens Referendar — blinzel nervös durch seine Brille und sagt: „Kennen Sie denn gar keine Grenzen, Beholdt? Ist doch einfach unerhör!“

(Fortsetzung folgt)

Mittelschlesien

Was will die Gewerkschaftsopposition?

Dem Bürokraten Bröh, Dels, zur Antwort.

Der „Volksfreund“ veröffentlichte vor einigen Tagen einen Artikel aus der Feder des Gewerkschaftsbürokraten Bröh, in dem in demagogischer Weise Stellung zu der revolutionären Gewerkschaftsopposition genommen wird. In dem Artikel wird alles Mögliche und Unmögliche gliedert und gegenübergestellt, was geeignet erscheint, die Gewerkschaftsopposition in den Augen der Kollegen herabzusetzen.

Was will die Gewerkschaftsopposition?

Die Gewerkschaftsopposition ist der Auffassung, daß die Arbeiter die Massenentlassungen, die verschärfte Rationalisierung, die Hungerlöhne nicht ruhig hinnehmen dürfen, sondern den Kampf aufnehmen müssen. Da die reformistischen und christlichen Gewerkschaftsbürokraten und die ihnen treu ergebenden Funktionäre aus staatspolitischen Erwägungen heraus diesen Kampf nicht organisieren können und es auch nicht wollen, muß die Arbeiterschaft sich eine neue revolutionäre Führung schaffen, die nicht die Interessen des kapitalistischen Staates in den Vordergrund stellt, sondern ausschließlich und allein die der Arbeiter. Das sind die Ursachen, weshalb auch bei der Betriebsratswahl die revolutionäre Gewerkschaftsopposition die Kollegen auffordert, revolutionäre Betriebsratslisten aufzustellen und dafür zu stimmen. Dieser Appell richtet sich an alle ehrlichen Arbeiter, auch an die, die vielleicht noch Mitglied der Sozialdemokratischen Partei sind.

Wenn die Arbeiter es verstehen, in jedem Betrieb die Einheitsfront zum Kampf für die gemeinsamen Forderungen zu bilden, und bei der Betriebsratswahl revolutionäre Kollegen an die Spitze der Belegschaft stellen, so ist damit eine wichtige Voraussetzung für die Durchführung erfolgreicher Kämpfe für die Arbeiterforderungen geschaffen. Deshalb fordern wir die Eisenbahnkollegen von Dels auf, sich durch die Kunststücke des Bürokraten Bröh nicht verwirren zu lassen und am 11. und 12. Mai für die Liste mit dem Kennwort „Revolutionäre Gewerkschaftsopposition der Eisenbahner“ zu stimmen.

Aus dem Brieger SPD-Sumpfe

Vor einigen Tagen berichteten wir über das lang- und klanglose Unterkaufen des SPD-Sekretärs Fritz Schneider. Eine am Sonntag tagende Kreislonferenz der SPD. befaßte sich noch einmal mit den Unterschlagungen desselben, doch das Bezeichnende dabei war, daß ein großer Teil der Funktionäre sich gegen den Ausschluß und überhaupt gegen die sofortige Funktionsenthebung aussprachen. Sollten dieselben noch nicht im Wilde sein, wie sehr Schneider im „Interesse“ der Arbeiter gewirkt hat? Die Spitzen haben ja auch alle Veranlassung, die Mitgliedschaft sowie die Öffentlichkeit nicht erschrecken zu lassen, wie groß die Verfehlungen überhaupt sind, denn dadurch würde ja ihre Elitenwirtschaft nur leiden. Bekanntlich hat eine Krähle der anderen die Augen nicht aus. Nur die revolutionäre Arbeiterschaft wird diesen Augiasstall auszumisten verstehen.

Chlau. Die „Volkszeitung“ der letzten Tage tobt über die Raifeier der revolutionären Arbeiterschaft, die ein voller Erfolg war. 500 Arbeiter und Arbeiterinnen demonstrierten unter den Lehungen der Partei, 600-700 waren bei der Kundgebung am Ring. Gegenüber den Verleumdungen der „Volkszeitung“ stellen wir fest, daß der Gewerkschaftsbosse Ranche wörtlich gesagt hat: „Mit Kommunisten demonstriere ich nicht.“ Mit unserer Partei demonstrierten die Zimmerer. Der Artikel in der „Volkszeitung“ hat also auch nichts genützt, in dem es unter anderem hieß: „Der Zimmerer-Verband hat beschlossen, hinter der kommunistischen Partei zu marschieren. Der Ortsauschuss wird schleunigst zu der Lage Stellung nehmen.“ Die oppositionellen Zimmerer erkennen die Beschlüsse des Kartellverbandes nicht an; sie richten sich nach ihren Versammlungsbeschlüssen, und die haben bewiesen, daß die Zimmerer zur SPD stehen. Auch die Abendveranstaltung war ein voller Erfolg. Viele Arbeiter mußten umkehren, da der Saal überfüllt war. Eine besondere Blüte scheint der SPD-Mann Kilsche zu sein, der sogar Gemeindevertreter in Alt-Bergel ist. Trotz Belegschaftsbeschlusses den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern, hat dieser Mensch — und aus Peiserwitz ein gewisser Gregor — am 1. Mai am Ohlauer Felderbau gearbeitet. Arbeiter vom Felderbau sowie von Alt-Bergel und Peiserwitz, zieht diese Felsen zur Verantwortung.

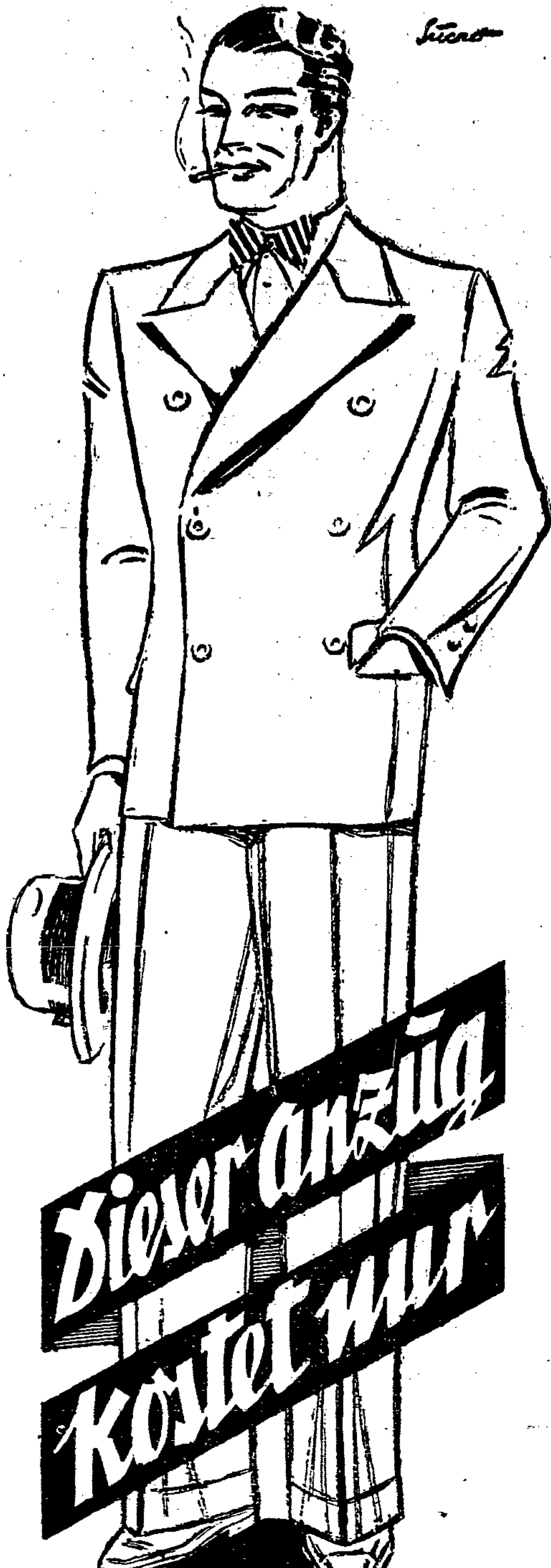
Trebnitz. Erfolgreiche Versung. Am Sonntag unternahm die junge Parteigruppe Trebnitz eine Propagandatour, die einen guten Erfolg hatte. Es wurden 155 Arbeiter-Zeitungen und 141 Exemplare des „Erwachende Dorf“ verkauft. Außerdem war eine Neuaufnahme zu verzeichnen. Die SPD. marschierte auch in die Hagi-Dörfer. Wir werden auch am kommenden Sonntag wieder 200 Arbeiter-Zeitungen verteilen, damit diese den „Volksfreund“ und die anderen Organe immer mehr in den Hintergrund drängen.

Da werden Weiber zu Hyänen, nämlich, wenn eine Hausbesitzerfrau mit ihrer Klage über ihr unliebame Mieter vom Gericht abgewiesen wird; dann greift sie zur „Selbsthilfe“ und erbricht die Schlösser der Proleten und setzt ihnen ihre Faheligkeiten auf den Hof. Als die Proleten, denen das passierte, sich bei der höchsten Polizei beschwerten und Anzeige erstatteten, erklärte diese (wahrscheinlich nur auf Kommunisten und Arbeiter bezogene Kommunalpolizei), in dieser Angelegenheit nichts tun zu können, da ja nichts gestohlen sei. Wir fragen die Werttätigen von Trebnitz: Wenn ein Prolet eine Scheibe einschlägt oder irgendeinen Gegenstand beschädigt, oder er wird ermüdet, wenn er eine Türe aufbricht, ob da nicht die Hüter des Gesetzes zumindest eine Auflage auf große Schadloshaltung oder Einbruch stellen würden. Damit nicht genug. Als der betreffende Arbeiter in ruhiger Weise sich beim Hauswirt über dessen Frau beschwerte, kürzte diese sich wie eine Furie mit einer Armees-Setzengewehr auf denselben, mit dem Gebrauh: „Du Hund, dich bringe ich um“, und nach auf den Arbeiter ein und verpackte ihn hart an der Hand, so daß er arbeitsunfähig ist. Söhne zuhände in Trebnitz!

Strehlitz. Lichtbildervortrag. Freitag, 20 Uhr, findet in der Parade (Selbsthilfepiaz) ein Lichtbildervortrag des Verbandes für Freiendertum und Feuerbehaltung statt. Alle Arbeitereltern von Strehlitz müssen erscheinen. Eintritt frei!

Wickel Äpfel, viele Glanz, so heißt es wohl, und doch ist die große Gemeinde der Hausfrauen sich einzig darüber, daß Rogge's Würze ein reales Küchenhilfsmittel darstellt. Wenige Tropfen verbessern augenblicklich schwache Suppen und Sögen und verleihen Gemüsen und Salaten aller Art Wohlgeschmack.

Verantwortlich für den polnischen Teil: Ernst Ganeler, Berlin; für den Provinzial (außer Oberhieschen) Arnold Brandt, Breslau; für Oberhieschen Fritz Sendoroff, Gieslitz. Für Inserate: Paul Gausdorff, Breslau.



**Dieser Anzug
kostet nur
19.50**

Die solide Cheviot-Qualität, die modernen dunklen Farben und die tadellose Verarbeitung dieses Anzuges stehen in keinem Verhältnis zu seinem ungewöhnlich niedrigen Preise.

SENSA-TIONS-VERKAUF

Rudolf Petersdorff
BRESLAU · OHLAUERSTRASSE · SCHUHBRÜCKE

Stadttheater

(Opernhaus)
Spielplan vom 6. April
Donnerstag, 20 U
Schub und Göt
Freitag, 20 Uhr
Abonnement-Vorstellung
Rosa Lisa
Sonnenb, 18 U.
Die Meistersinger von N
Sonntag, 15 Uhr
Nachm.-Vorstellung zu ermäß
gebellen
Sonntag, 19.30 U
Die Sauberflie

**Haus für Eisenw
u. Küchen**
Sollinger Stahlw
Werkzeuge
OTTO FRIE
Tautenzienstr. 1

Gustav Putzke, B
Kletschkastr. 15 u. Bend
die billige Einkaufsqu
ff. Fleisch- u. Wurst

Tassilo Kric
Zigarren-Spezial
Ritterplatz 10 Stern

Max Peter
Zigarren-Spezialge
Breslau, Reuschstrasse
Frankfurter-Strasse 1

Brof. Weiß- und Feinl
Paul Mohry, Breslau, Hir

B. Thiemann, Beordigung
Breslau 10, Matthias
Fernruf 21 602
Inhaber: **Erich M**

Prima stark ein-
gebrautes gutes
Jung
Liter nu
täglich frisch von
8-1 Uhr nur in
der neuen Brauerei
Kohlen

**Fahrräder
und Ersatzte**
In bester Qualität sehr p
Fahrradhaus J
Bischofstraße 3

Max Bern
ff. Fleisch u. Wurstwa
Bergmannstraße

Möbel
Schlaf-, Speisezimm.
Wohnzimm., Küchen
auf
Kredit
auch Einzelmöbel,
Schränke, Vertikos,
Bettstellen usw. zu
niedrigsten Preisen.
Dawid
Friedr.-Wilh.-Str. 9

Sie müssen

mit den Massen der Konsun
in steter Verbindung sein,
Sie einen schnellen und
Umsatz erzielen wollen,
große Masse der Käufer
tiert sich aus der Arbeiter
den Angestellten und Be.
Die kommunistische Press
diesen Kreisen die Fähren
nutzen Sie diese Gelegenhu

INSERIE

Inserate haben in unse
besten Erfolg